

# NACHRICHT DES PRÄSIDENTEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Rechtsetzungsinstanzen der Europäischen Union haben 2018 zum Europäischen Jahr des Kulturerbes erklärt. In diesem Jahr wird der Versuch unternommen, die Herausforderungen in diesem Bereich wie zum Beispiel den Mangel an finanziellen Ressourcen oder den illegalen Handel mit Ausgrabungsgegenständen zu bewältigen. Außerdem soll das wirtschaftliche Potenzial dieses Bereichs gestärkt werden, der unmittelbar für etwa 7,8 Millionen Arbeitsplätze verantwortlich zeichnet. Unsere Kollegen und Fachleute, die an dieser Ausgabe mitgearbeitet haben, haben auf unser reiches Vermächtnis hingewiesen und deutlich gemacht, dass wir unser Kulturerbe bewahren und schützen müssen. In diesem Heft finden Sie mehrere ausgewählte Fachartikel zu diesem Thema.

Unter „Current Affairs“ finden Sie Artikel zu hoch spannenden Themen, die uns unsere ehemaligen Kollegen freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben. Ich möchte unseren Kollegen danken, die an diesem Bulletin mitarbeiten und dafür sorgen, dass unser Verein als Forum für Ideen und Austausch dient. Außerdem möchte ich alle, die dies bislang noch nicht tun, gerne einladen, sich unserer Arbeit anzuschließen.

In dieser Ausgabe finden Sie ein Dossier über die Tätigkeit des VEM.

- Dem Programm „EP tot Campus“, für das Lord Richard Balte verantwortlich ist, ist nach wie vor ein großer Erfolg beschieden. Dieser Austausch, bei dem die Universitäten in den Genuss der Erfahrungen und des Fachwissens der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments kommen, ist eines unserer Leuchtturmprogramme. Die Rückmeldungen der beteiligten Studierenden, Universitäten und Kollegen sind durchweg positiv. Die Studierenden können die konstruktiven Gespräche und den Meinungsaustausch nutzen, um sich eine eigene Vorstellung von Europa-Angelegenheiten zu verschaffen.
- Ein weiteres Vorzeigeprogramm unter der Leitung von Monika Bali ist die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Das Programm mit Schülern der Sekundarstufe wurde sowohl von den beteiligten Kollegen als auch von den Kindern sehr geschätzt. Die Schüler konnten sich Kenntnisse über die Funktionsweise der EU-Organe und über aktuelle Themen wie den Brexit, die Migrationsbewegungen und den aufkommenden Nationalismus in Europa verschaffen.
- Das Jahrestreffen des VEM am 29./30. November war ein großer Erfolg. Diesmal berichtet uns eine der Studierenden, die am jährlichen Seminar des VEM teilgenommen haben, über ihre Eindrücke aus dem Seminar, zu dem wir zu unserer großen Freude das Mitglied der Kommission Sir Julia Sing, das MdEP Michael Fahler und das ehemalige Mitglied – und den Angehörigen des Vereins – Invasive Kalksteine begrüßen durften.

Am 3. Mai findet unsere Generalversammlung statt, der am 2. Mai das Informationsseminar des Wissenschaftlichen Diensts des Europäischen Parlaments, ein Abendessen mit Diskussion und die jährliche Gedenkfeier vorangehen. Wir werden der Mitglieder und der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments gedenken, die 2017 bzw. 2018 verstorben sind. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gerät Catering wird die Abschlussansprache halten.

Die nächste Besuchs reise des VEM findet am 4. und 5. Juni statt. Ziel ist Bulgarien, das Land, das im ersten Halbjahr 2018 den Ratsvorsitz innehat. Eine Anmeldung ist bereits möglich. Für zusätzliche Informationen wenden Sie sich bitte an das Sekretariat des VEM.

Ich hoffe, Sie möglichst zahlreich zur Generalversammlung im Mai begrüßen zu dürfen.

Enrique Barón Crespo  
Vorsitzender des VEM

# CURRENT AFFAIRES

## 1948: Die erste der neuen Verfassungen in Europa wird verabschiedet

Die am 1. Januar 1948 vor 70 Jahren verabschiedete italienische Verfassung war die erste in der Reihe der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa neu verabschiedeten demokratischen Verfassungen. Auf die italienische folgte 1949 die deutsche Verfassung, und auf sie folgten vor dem Hintergrund der schnellen und friedlichen Entwicklung, die unser Kontinent seitdem erlebt hat, weitere Verfassungen in all jenen Staaten, die heute Mitglieder der Union sind.

Mit diesen neuen Verfassungen besiegelten die europäischen Staaten den entschiedenen Bruch mit der Vergangenheit. Diese neu geschaffenen rechtlichen Grundlagen machten es den Regierungen unmöglich, an die erst kurz zurückliegende Vergangenheit von Krieg, Diktatur und Menschenrechtsverletzungen auch nur annähernd anzuknüpfen. Die nationalen Traditionen der Staaten fanden Ausdruck in ihren Verfassungen, doch in jeder Verfassung waren in jeweils unterschiedlicher Weise drei Prinzipien festgeschrieben:

Zuerst das Prinzip der Menschenwürde, das Vorrang hat gegenüber allen anderen Aspekten des persönlichen Bereichs. Es vertritt das „Nie wieder“ in Bezug auf die Erinnerung an Gulag und Konzentrationslager, aber es richtet sich auch gegen Rassismus und Antisemitismus sowie Homophobie und die Diskriminierung der Frauen.

Dann das Prinzip des Primats der Verfassung gegenüber allen anderen Gesetzen. Hiermit werden im Namen der „Ewiggültigkeit“ der Werte, über die sich eine Nation bei ihrer Gründung geeinigt hat, Willkürentscheidungen und Missbrauch durch die jeweilige parlamentarische Mehrheit verhindert.

Und, last but not least, das Primat des supranationalen Rechts gegenüber dem einzelstaatlichen. Die nach 1948 verabschiedeten nationalen Verfassungen sehen zum ersten Mal weltweit Einschränkungen und Übertragungen der staatlichen Souveränität vor, um so die Einrichtung einer supranationalen Rechtsordnung zu ermöglichen. Dies sollte der rechtliche Rahmen der Europäischen Union werden, in dem die drei Hauptprinzipien, die sich in jeder der „neuen“ Verfassungen wiederfanden, von der Gemeinschaft bestätigt wurden.

Die europäische Ordnung kam jedoch nicht von außen, als ein Zusatz zu den nationalen Verfassungen, sondern sie verdeutlichte vielmehr die ihnen gemeinsamen Prinzipien.

Und so beginnt die Charta der Grundrechte der Europäer mit der einfachen und feierlichen Formulierung „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.“ Diese kurzen und einfachen Sätze sind unmissverständlich.

Artikel 2 des Vertrags schreibt das Primat der verfassungsmäßigen Werte fest, die allen Mitgliedstaaten gemeinsam sind in einer Gesellschaft, die sich durch Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus auszeichnet.

Und schließlich das Primat des europäischen Rechts, das mit dem Dialog der nationalen Verfassungsgerichte mit dem Europäischen Gerichtshof bestätigt und gefördert wird. Wenn es auch auf die Zuständigkeitsbereiche der Union beschränkt ist, so ist seine symbolische Bedeutung als Bollwerk gegen jeden Absolutheitsanspruch der einzelstaatlichen Gesetze doch enorm.

Diese vorrangigen Werte, die bereits vor 70 Jahren feierlich erklärt wurden, werden jedoch immer wieder angegriffen, teils in verschleierter Form, teils in aller Offenheit.

Der Wert der Menschenwürde ist von modernen Formen der Sklaverei, von Menschenhandel und staatenlosen Flüchtlingen sowohl „vor unserer Haustür“ als auch „bei uns zu Hause“ bedroht.

Der Wert der Verfassung wird von Bestrebungen bedroht, den Handlungsspielraum jener Einrichtungen zu beschneiden, deren Zweck eine Einschränkung der Übermacht des Staates ist: die Gerichte und die Unabhängigkeit der Richter.

Der Wert des europäischen Rechts wird von den „rechtlichen Nationalismen“ bedroht, die danach streben, das Gleichgewicht der Rechten und Pflichten des jeweils eigenen Staates gegenüber der Union zu zerstören.

Die Serie der europäischen Verfassungen, die 1948 begann, ist also noch nicht wirklich abgeschlossen. Jeden Tag stehen wir vor großen Aufgaben und viele Fehlentwicklungen müssen noch beseitigt werden, damit unsere Europäische Union auf der Grundlage dieser drei vorrangigen Werte weiterbesteht und ihre Identität gegenüber der ganzen Welt bewahrt.

Andrea Manzella

## Demokratische Versammlungen

### EINE BESSERE VERWALTUNG EUROPAS WÜRDEN NICHT SCHADEN

Die „demokratischen Versammlungen“, die 2018 auf Anregung von Präsident Macron veranstaltet werden sollen, um dem europäischen Aufbauwerk neuen Auftrieb zu verleihen, kommen nicht von ungefähr. Würde man dies vergessen, dann hieße das, die Abertausenden von demokratischen Orten aller Art zu leugnen, in denen man sich seit über sechs Jahrzehnten unentwegt Gedanken über ein Europa des Friedens und der Solidarität macht.

Das Neue daran ist die Dynamik, die diese Initiative entfalten kann, damit auf höchster staatlicher Ebene angesichts der schleichenden Entfremdung der Völker von Europa endlich mit höchstem Einsatz Maßnahmen angestoßen werden, mit denen nicht nur bestimmte mehr oder minder aufgeklärte Kreise, sondern alle Europäer mobilisiert werden.

Angesichts der Zweifel, die gegenwärtig am Projekt Europa gehegt werden, der Ansteckungsgefahr, die vom Brexit ausgeht, der seit 30 Jahren sinkenden Beteiligung an der Europawahl, der Schäden für die Gesellschaft, die durch den globalisierten Handel entstanden sind, der wachsenden Anhängerschar von Populisten, die sich die Angst der Menschen und engstirnige Sichtweisen zunutze machen, des islamischen Terrorismus, des Unvermögens Europas, den unaufhaltbaren Zustrom von Menschen, die vor Elend, Krieg und Diktaturen flüchten, solidarisch zu bewältigen und angesichts der massiven Arbeitslosigkeit von Millionen junger Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, würde eine bessere Verwaltung Europas nicht schaden.

Die Zeiten, in denen wir heute leben, machen es erforderlich, für eine bessere Balance zwischen den beiden Ausdrucksformen der Demokratie – der repräsentativen Demokratie und der direkten Demokratie zu sorgen. Sie darf sich in Zukunft nicht mehr nur auf die Beteiligung der Bürger an Wahlen oder Volksabstimmungen beschränken, wenn man die heutige Bedeutung der sozialen Netzwerke berücksichtigt, auch wenn unter der Vielzahl der dort vorzufindenden, zum Teil wirren und anonymen, Meinungen sowohl sehr wertvolle Beiträge als auch Abstoßendes zu finden ist.

Einige befürchten, dass diese demokratischen Versammlungen den Erwartungen der EU-Bürger mit ihren begründeten Anliegen nicht gerecht werden können, wobei meistens folgende drei Argumente angeführt werden: der Bevölkerungsteil, der sich am meisten für die Belange der EU interessiert, ist überwiegend gutsituiert,

fortgeschrittenen Alters und lebt in Städten, die Personen, die sich bei solchen Konsultationen zu Wort melden, vertreten häufig sehr festgefahrene, wenn nicht gar radikale Ansichten, und in Konsultationen, die im Internet stattfinden, werden individuelle Standpunkte nebeneinander gestellt, ohne dass es zu einem direkten Meinungsstreit kommt.

Diese Risiken sollten uns aber nicht davon abhalten, dieses Wagnis einzugehen, denn wir können die neuen Kommunikationstechnologien nicht einfach ignorieren, die einen ebenso bedeutenden gesellschaftlichen Umbruch herbeigeführt haben wie einst die Erfindung des Buchdrucks.

Ich denke, es kommt vor allem darauf an, dass diese demokratischen Versammlungen mit größtmöglicher Beteiligung der Bevölkerung stattfinden, wofür die gewählten Volksvertreter mit originellen und innovativen Ideen sorgen müssen, und dass sie nicht von Europa als reine Verwaltungsaufgabe verstanden werden. Das, worum es hier geht, geht über einen solchen Ansatz hinaus.

Die Solidarität von morgen kann nicht mehr eine reine europäische Solidarität sein, sondern sie muss universell sein, was auch im Interesse Europas ist. Europa braucht einen neuen Vertrag, und zwar auf der Grundlage eines von Weitblick und Großmut. Nur so kann der Traum von Europa, den die Begründer der europäischen Idee nach dem Zweiten Weltkrieg im Sinn hatten und schließlich erfolgreich in die Tat umsetzen, mit neuem Leben erfüllt werden.

Und deshalb muss in erster Linie die Jugend, die sich von den Lebensbedingungen nicht unterkriegen lässt und die gegen unhaltbare Zustände aufbegehrt, an Utopien glauben und Großmut beweisen, damit ein neuer Traum von Europa mit neuen Idealen den gesamten Kontinent begeistern kann.

Nicole FONTAINE  
Ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments

„In Vielfalt geeint“

Unser Motto als neuer Impuls für die Demokratie

Vor zahlreichen Gebäuden in den Mitgliedstaaten der Union weht die europäische Flagge und auf den Informationstafeln vor Baustellen, die mit europäischen Geldern gefördert werden, sowie auf allen Dokumenten unserer Institutionen erblicken wir das Symbol der Europäischen Union.

Es ist inzwischen für 500 Millionen Europäer ein gewohnter Anblick.

Ein weiteres Symbol ist der Europatag am 9. Mai. Er wird in verschiedenen Ländern und anlässlich unterschiedlicher Jahrestage in unterschiedlicher Weise gefeiert.

Doch unsere Hymne, die „Ode an die Freude“, wird nur selten gespielt, und unser Motto „In Vielfalt geeint“ scheint ganz und gar in Vergessenheit geraten zu sein.

Doch

- „In Vielfalt geeint“ spiegelt die lebendige Wirklichkeit wider, denn auch der menschliche Körper kann nur dann gut funktionieren, wenn alle seine Organe gut zusammenarbeiten;
- „In Vielfalt geeint“ ist die Grundlage für das gute Funktionieren aller menschlichen Organisationen: von der Fußballmannschaft über das Wirtschaftsunternehmen bis hin zur nichtstaatlichen Organisation;
- „In Vielfalt geeint“ beschreibt das Leben in unseren Gemeinden, unseren Stadtvierteln, unseren Städten, Regionen und Staaten und natürlich auch in Europa.

Die sich ausbreitende Selbstbezogenheit von gesellschaftlichen Gruppen und Individuen, die zunehmende Verweigerung eines Austauschs sowohl auf individueller als auch auf globaler Ebene machen aus der „Vielfalt“ eine Waffe gegen die Einheit, die für ein Zusammenleben erforderlich ist.

Die Vorbereitungen für die Wahl im Juni 2019 beginnen allmählich. In allen Bereichen sind heftige Debatten zu erwarten und die „Vielfalt“ wird sich häufig in Streitigkeiten äußern. Aber es liegt im Interesse jedes Einzelnen und der Gemeinschaft, sich um Harmonie zu bemühen.

In diesem Kontext sollte unser Motto stärker hervorgehoben werden, das vom Europäischen Parlament unter der Leitung von Nicole FONTAINE am 4. Mai 2000 geschaffen und am 9. Oktober 2008 erneuert wurde.

Ich würde mir wünschen, dass das Parlament, die Kommission, die Mitgliedstaaten und alle europafreundlich eingestellten Organisationen dieses Motto neben unserem Symbol auf ihren Dokumenten platzieren.

Zudem sollte der kommende 9. Mai genutzt werden, um zu zeigen, wie wertvoll die Vielfalt der europäischen Kulturen für jeden von uns und für unsere gemeinsame Zukunft ist.

Und es wäre zu begrüßen, wenn unser Motto — mit Hilfe vieler anderer Initiativen — genauso bekannt gemacht würde wie das Symbol der Europäischen Union.

Jean Marie BEAUPUY

## Sorgen eines Früheren Abgeordneten.

Dear Mr. President,

da ich weiß, dass der Präsident eine ausgleichende Rolle spielen soll zwischen den Interessen der verschiedenen Mitgliedergruppen und versucht die unterschiedlichen Mentalitäten zu verstehen, erhoffe ich von Ihnen eine Wirkung im Hinblick auf Konsens in Europäischen Angelegenheiten.

Wir Früheren( Mitglieder) haben in den 90er Jahren die Verantwortung für die Erweiterung der Europäischen Union übernommen. Ich war etwa als Mitglied der Polnische Delegation des EP schon in den 80er Jahren bei den polnischen Dissidenten und bei Walensa.

Wir organisierten die ersten Tagungen von Wirtschaftsverbänden in Budapest schon in den 80er Jahren und erhofften uns eine Befreiung der seit Jahrzehnten vom Sowjetsystem unterdrückten Menschen, auch durch ein Europa ohne Grenzen‘.

Für mich, die ich als Deutsche die Situation meiner Landsleute, Verwandten in Ostdeutschland kannte, war klar, dass es Jahrzehnte dauern würde bis wir dieselbe Sprache, das gleiche Verständnis der Umwelt, der Geschichtssituation erreichen würden.

Noch heute ist das Demokratieverständnis vieler Europäer sehr unterschiedlich.

Wir, die früher politisch für die Europäische Union tätig waren, sehen jetzt unsere Leistung ‚in den Wind geschrieben‘.

Ich selbst habe mich ganz dem Aufbau von Wirtschaft und Wissenschaft in Polen und Ungarn gewidmet nach meiner Zeit im EP.

Ich konnte mich mit einem Lehrstuhl an der Universität Stettin(Szczecin) und einer Habilitation dort als Polnische Professorin(staatliche Anerkennung) 22 Jahre am Ausbau der Ökonomischen Fakultät, speziell der Wirtschafts-Informatik beteiligen.

Gleichzeitig habe ich 12 Jahre lang eine makroökonomische Vorlesungsreihe mit Prüfungskompetenz im Monet System an der Etvös –Lorand-Universität ‘ Europäische Wirtschaftsintegration am Beispiel Ungarns‘ in Budapest gehalten und viele ERASMUS Studenten erlebt, die ich für die Europäische Union begeistern konnte und die heute noch begeistert sind. Und auf die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder viel Hoffnung setzen.

Wie kann es kommen, dass durch die Härte der EU-Bürokratie und ihr Unverständnis für die Geschichte und Tradition in den Neuen Mitgliedsländern eine solche Verhärtung im Umgang mit einander gekommen ist ?

Der Brexit sollte doch ein Warnschuss gewesen sein, Exits wollen wir Alt-Europäer doch nicht herausfordern.

Diese Länder, wie Polen und Ungarn haben 80 Jahre warten müssen, um ihren Nationalstaat aufzubauen, da sie in der Zwischenzeit unter fremder Herrschaft und Unterdrückung waren.

Ihnen liegt ihre Staatsautonomie und Staatshoheit mehr am Herzen als etwa den Luxemburgern, die wie die Deutschen bereit sind, sie größtenteils in Brüssel abzugeben.

Kann das Europäische Parlament, das vielleicht aus Solidarität mehr Rücksicht auf die Kollegen nimmt, können Sie als Präsident nicht mit Ihrer Autorität mehr ausgleichenden Einfluss auf die Kommission nehmen ?

Ursula Braun-Moser

## Alle fünf Minuten stirbt ein Mädchen an den Folgen von Gewalt

Der Weltbevölkerungsbericht 2017 hat einmal mehr belegt, was wir schon lange wissen, aber unsere entwicklungspolitische Agenda kaum bestimmt:

Arme Mädchen bekommen dreimal so viele Kinder wie reiche. Das gilt vor allem für die Länder Afrikas südlich der Sahara. Nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen sind 43 Prozent aller Schwangerschaften ungeplant. Die Deutsche Stiftung für Weltbevölkerung rechnet mit einem weiteren Anstieg und auch mit einer Zunahme von Schwangerschaftsabbrüchen als Folge der von US Präsident Trump veranlassten Kürzung von Geldern für internationale Organisationen, die im Rahmen von Familienplanung auch über Abtreibungen informieren. Das wird Abtreibungen nicht verhindern, sondern vermutlich eher erhöhen, weil Mädchen und Frauen dadurch weniger Zugang zu Beratung über Geburtenplanung und den Erhalt von Verhütungsmitteln haben. Von der EU und ihren Mitgliedsländern muss daher erwartet werden, dass sie ihren vollmundigen Tönen zur Unterstützung Afrikas Taten folgen lässt, indem sie diese Lücke schliesst und weitere Anstrengungen zur Familienplanung unternimmt.

Das Bevölkerungswachstum vor allem in Afrika im Blick zu haben, ist in beiderseitigem Interesse eine Aufgabe der humanitären Verantwortung. Zur Erinnerung: die UN hat 17 „nachhaltige Entwicklungsziele“ gesteckt, die bis 2030 erreicht sein sollen: darunter Armut und Hunger zu besiegen, eine gute Gesundheitsversorgung und hochwertige Bildung vorzuhalten und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen. Ob diese Ziele erreicht werden, wird sehr davon abhängen, wie vor allem Mädchen gefördert werden, die immer noch vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Um das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit auf sie zu lenken, hat die UN 2012 den ersten Weltmädchentag ausgerufen.

Am Weltmädchentag 2017 lebten auf der Welt rund 1,1 Milliarden weibliche Personen unter 18 Jahren, viele von ihnen in Not- und Krisensituationen, bedroht von Gewalt und sexueller Ausbeutung und ohne Chance auf eine angemessene Bildung. Laut Unicef stirbt alle fünf Minuten ein Mädchen an den Folgen von Gewalt. Weltweit haben 120 Millionen Mädchen und junge Frauen in ihrem Leben sexuelle Gewalt erfahren. Wo bleibt da die #MeToo- und Time's up-Kampagne für die Mädchen der Welt???

Noch lebt über die Hälfte der Mädchen in Asien mit einem Trend zur Verringerung. In Afrika wird ihr Anteil in fünf Jahren aber wohl um ein Drittel höher sein.

Die Lebenserwartung nimmt kontinuierlich zu und liegt für 2015 geborene Mädchen derzeit bei durchschnittlich 74,1 Jahren. Am ältesten werden Mädchen in Hongkong (87,3 Jahre). Am wenigsten Lebenszeit erwartet sie in Sierra Leone (52 Jahre). Auch letzteres muss Europa eine Mahnung sein, sich massiv um die Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika zu kümmern. Das gilt besonders für den Zugang zu Bildung. In Afrika können Jungen doppelt so oft wie Mädchen wenigstens eine Grundschule besuchen, und die Wahrscheinlichkeit, dass Jungen die obere Sekundarstufe erreichen, liegt um 83 Prozent höher als für Mädchen. Anders ausgedrückt: zur Zeit können etwa 130 Millionen Mädchen weltweit nicht zur Schule gehen.

Und wenn Afrikas arme Mädchen doch in die Schule können, bleiben sie nicht selten allmonatlich mehrere Tage zu Hause, weil sie sich keine Hygieneartikel leisten können, wenn sie ihre Tage haben. Regierungen haben in Wahlkämpfen schon die Versorgung mit Binden versprochen und nicht gehalten, in Uganda kam eine Aktivistin, die das kritisiert hatte, sogar ins Gefängnis. Manche Schülerinnen schneiden sich inzwischen die Binden selbst, so gut es geht. Hallo EU, das müsste doch noch drin sein!

Karin Junker

## Das AMAR-Programm

Sajjad und Marwa hatten offensichtlich nur Augen füreinander. Sie saßen eng nebeneinander auf dem Sofa im Auslandsbüro von AMAR in Basra (Irak). Marwa konnte nicht aufhören, darüber zu sprechen, wie glücklich sie sei, während Sajjad nur hingebungsvoll in die Augen seiner neuen Frau blickte.

Wie Millionen anderer Paare weltweit genossen sie diese ersten kostbaren Monate des Ehelebens.

Für das junge Paar hätte es jedoch auch ganz anders kommen können. Schon als sie sich das erste Mal gegenüberstanden, war ihnen klar, dass sie ein großes Problem hatten: Sajjad war Schiit, Marwa Sunnitin.

Unter normalen Umständen wäre ihre Beziehung zum Scheitern verurteilt gewesen. Das Schisma zwischen den beiden muslimischen Glaubensrichtungen liegt 1 400 Jahre zurück. Es vollzog sich nach dem Tod des Propheten Mohammed. Schiiten und Sunniten teilen zwar nach wie vor viele tiefe Überzeugungen und Praktiken, doch haben die vielen Unterschiede in den Jahrhunderten seit der Glaubensspaltung zu zahllosen Toden geführt und den beiden Völkern viel Leid bereitet.

Sajjad und Marwa mussten ihre Liebe füreinander geheim halten, sogar vor ihren engsten Verwandten. Angst war in ihrer Beziehung ein ständiger Begleiter.

Zum Glück wandten sie sich an AMAR und baten um Hilfe. Sie kamen zu uns, weil wir ein einzigartiges Programm betreiben, in dessen Rahmen wir Tausenden Menschen im Süden des Irak religiöse Toleranz vermitteln.

Dank einem Zuschuss der Europäischen Union in Höhe von 1 Mio. EUR anhand des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte konnte AMAR das Programm zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der Religion (Combatting Religious Discrimination – CRD) im Irak ausweiten.

Ziel des Programms war es, alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Glaubens – bzw. aufgrund des Nicht-Glaubens – zu bekämpfen, um die fortdauernde Spaltung und den andauernden Konflikt in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Politik einzudämmen. Alle Religionen wurden in dem Programm erfasst.

Der Irak ist ein ethnisch gemischtes Land. Er ist nicht nur eine Nation von Muslimen, sondern auch von Christen, Jesiden, Chaldäern und Mandäern.

AMAR ist seit 1991 in dieser Krisenregion tätig und hat stets ausschließlich einheimische Mitarbeiter beschäftigt. Die Organisation war sich daher voll und ganz im Klaren darüber, dass die Diskriminierung aufgrund der Religion bekämpft werden musste. Unsere Mitarbeiter im Irak kennen die Probleme, die von religiöser Intoleranz erzeugt werden, aus erster Hand und sind sich darüber im Klaren, dass die zugrundeliegenden Ursachen unbedingt behoben werden müssen.

Das eigentliche Ziel war es, den Konflikt, die Gewalt und das Potenzial für Gewalt zwischen den unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften im Süden des Irak einzudämmen und für einen gleichberechtigten und fairen Zugang von religiösen Minderheiten zum gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben zu sorgen.

AMAR arbeitete eng mit den Professoren der Universitäten vor Ort zusammen, um einen Lehrplan für religiöse Toleranz, die Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter zu entwickeln, nach dem anschließend zivilgesellschaftliche Organisationen, führende Vertreter von Religionsgemeinschaften und der Gemeinden, Lehrer und Universitätsprofessoren in Basra, Maysan und Dhi Qar im Süden des Irak unterrichtet wurden.

Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen und führenden Vertreter von Religionsgemeinschaften vermittelten anschließend anhand unterschiedlicher Tätigkeiten und Vorträge in ihren Gemeinden die dem Lehrplan zugrundeliegende Botschaft der Toleranz. Durch diesen in sich nachhaltigen Ansatz wurde gewährleistet, dass die Kompetenzen von irakischen Aktivisten, Mitgliedern von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Lehrern und Professoren aufrechterhalten wurden und diese anschließend in ihrer gesamten Laufbahn weiterhin die Botschaft der Toleranz verbreiten konnten.

Im Laufe des dreijährigen Programms unterrichteten unsere Mitarbeiter über 10 800 Menschen. Zehn Organisationen der Zivilgesellschaft wurden umfassend geschult, ebenso wie 36 führende Vertreter von Religionsgemeinschaften und der Gemeinden, die alle Glaubensrichtungen im Irak vertraten.

Dank diesem bahnbrechenden Programm konnten wir Sajjad und Marwa Hilfe leisten. Wir wandten uns an die führenden Vertreter ihrer Gemeinden, die beide im Rahmen des AMAR-Programms geschult worden waren. Zunächst waren beide Familien gegen die Beziehung, doch die führenden Vertreter nutzten ihr gesamtes neues Wissen, um die Familien davon zu überzeugen, sich der Beziehung nicht in den Weg zu stellen, und heute sind die beiden verheiratet.

Es war natürlich nur ein kleiner Durchbruch. Jahrhunderte der Feindseligkeit lassen sich nicht einfach über Nacht auslöschen. Doch zumindest haben wir die Initiative ergriffen. Nun sind wir dringend auf mehr Fördermittel angewiesen, um unser Programm zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der Religion fortzuführen und auf den gesamten Irak ausweiten zu können.

Emma Baroness Nicholson of Winterbourne  
ALDE, Vereinigtes Königreich (1999–2009)

## Beobachtungsmission in Katalonien zur Parlamentswahl vom 21.12.2017

Die Fraktion der Europäischen Freien Allianz (EFA) im Europäischen Parlament beschloss letztendlich, eine Gruppe von Beobachtern zu dieser wichtigen Wahl zu entsenden. Diese Wahl ist nicht nur für die Zukunft Kataloniens, sondern auch für die spanische Regierung Rajoy und für Europa sehr wichtig.

Was vorher geschah, in aller Kürze: Nach mehreren erfolglosen Aufrufen zum Dialog für einen besseren Autonomiestatus berufen die Parteien, die für die Unabhängigkeit eintreten, am 1. Oktober in Katalonien ein Referendum ein. Madrid hält dieses Referendum für illegal und schickt die spanische Polizei, die Guardia Civil, damit diese eingreift. Dabei stellt diese ihre Macht deutlich zur Schau und wendet viel Gewalt an. Die Bilder gingen um die Welt. Es werden Wahlurnen beschlagnahmt, um das Referendum auf diese Weise zu sabotieren. Dennoch gehen viele Menschen zur Wahl, und die Parteien rufen auf der Grundlage des Ergebnisses des Referendums am 27. Oktober im Parlament die unabhängige Republik Katalonien aus. Sie wollen auch weiterhin Mitglied in der EU bleiben, aber die Kommission reagiert nicht...

Obwohl die Katalanen ausdrücklich den Wunsch geäußert haben, einen Dialog zu führen, aktiviert Madrid Artikel 155 der Verfassung, um diese Region zu bestrafen, ihr Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Ministerpräsident Puigdemont flieht mit mehreren Regierungsmitgliedern nach Belgien. Die Regierungsmitglieder, die in Spanien bleiben, landen im Gefängnis. Die EU hält nach wie vor an ihrem Standpunkt fest: Gesetz ist Gesetz... (Das Referendum war unrechtmäßig).

Die spanische Regierung hatte keine internationalen Beobachter eingeladen: Das ist umso mehr ein Grund dafür, auf jeden Fall hinzugehen, um sich ein Bild von der Lage zu machen und die Demokratie zu unterstützen.

Wir reisten mit einer Delegation, bestehend aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments, ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Abgeordneten aus Flandern, Schottland, Korsika, Südtirol, Nordirland, Yorkshire, Galizien, Wales, dem Baskenland und natürlich auch Katalanen.

Am Dienstag Abend wohnten wir der Abschlusskundgebung der Republikanischen Linken Kataloniens (ECR – linke Nationalisten) bei, deren Parteivorsitzender und ehemaliger Vizepremier Oriol Junqueras sich immer noch in Haft befindet.

Der Mittwoch war ein Tag der Reflexion und der Briefings, unter anderem mit der ANC (Katalanische Nationalversammlung), deren Vorsitzenden, Jordi Sanchez und Jordi Cuixart, ebenfalls in Haft sind.

Am Donnerstag fand dann die Wahl statt: Wir besuchten 20 Wahllokale in zwei Gruppen in zehn soziologisch unterschiedlichen Stadtteilen Barcelonas. Überall war die Wahlbeteiligung sehr hoch: über 80 Prozent, ein echtes Vorbild demokratischer Teilhabe für den Rest der Europäischen Union.

Die Wähler stehen diszipliniert Schlange, bis sie im Wahllokal einen Umschlag nehmen, die Liste ihrer Präferenz in den Umschlag stecken und sich anschließend unter Vorlage ihres Reisepasses eintragen lassen können. Dort wird ihr Name notiert und auf der Wählerliste durchgestrichen. Vertreter aller beteiligten Parteien waren als Zeugen präsent.

Um 20.00 Uhr wurden die Wahllokale geschlossen und die Stimmabgaben pro Wahllokal vor Ort ausgezählt. Abends standen dann die Ergebnisse fest. Es stellte sich heraus, dass die Parteien, die sich für die Unabhängigkeit einsetzen, erneut die Mehrheit für sich gewinnen konnten. Madrid muss jetzt einsehen, dass Verhandlungen der einzig richtige Weg ist, um die Pattsituation zu überwinden. Auch die Kommission kann die Fakten nicht länger ignorieren: Es muss eine politische Lösung gefunden werden. Die Europäische Union darf die Katalanen nicht im

Regen stehen lassen, und sie darf auch nicht zulassen, dass weiter gegen die demokratischen Werte verstoßen wird. Es muss Druck ausgeübt werden, damit die politischen Gefangenen freigelassen werden und die gewählten Vertreter ihren Sitz im neuen katalanischen Parlament einnehmen können.

Jan Dhaene, ehemaliges MdEP (Verts/ALE)

## Die Fédération Française des Maisons de l'Europe (französischer Verband der Europahäuser)

Die Fédération Française des Maisons de l'Europe ist ein Verband, der 1961 von sechs Gründerhäusern gegründet wurde. Er ist parteiunabhängig und gegenüber den gemeinschaftlichen und einzelstaatlichen Organen autonom. 2018 umfasst das Netzwerk im gesamten französischen Hoheitsgebiet 34 Europahäuser. Die Europahäuser und ihr Verband haben es sich gemeinsam zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag zur Schaffung eines geeinten Europas zu leisten, das auf Frieden, nachhaltiger und solidarischer Entwicklung und Demokratie beruht, indem sie bei einer breiten Öffentlichkeit eine aktive europäische Bürgerschaft fördern.

Hauptaufgabe des Verbands ist es, die Maßnahmen der verschiedenen ihm angehörenden Häuser rund um Verbandsprojekte zu begleiten und zu koordinieren, ihre Interessen bei den Behörden zu vertreten und Partnerschaften mit anderen auf Europa ausgerichteten Verbänden zu knüpfen.

Die meisten unserer Häuser gehören dem europäischen Netzwerk EUNET (European Network for Education and Training) an, das 70 Mitglieder in 22 Ländern zählt.

Die Europahäuser sind Vereinigungen, die aus einer Bürgerbewegung Ende der 1940er-Jahre heraus entstanden. Historisch gesehen sollten sie (etwa so wie das Schließen von Partnerschaften zwischen französischen und deutschen Städten) die Wiederversöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg erleichtern. Heute dienen sie als Orte der Europabildung durch Information und Diskussion über die Gegebenheiten in Europa – ob es nun um Europa, den Europarat oder die Europäische Union geht –, aber auch über die Organe und die Politik der Union. 15 unserer Häuser sind „Centres d'Information Europe Direct“, Schnittstellen zwischen den europäischen Organen und den Bürgern. Jedes unserer Häuser, von Brest bis Straßburg, von Dunkerque bis Montpellier, ist eine Vereinigung, die aus dem Einsatz von Akteuren der Zivilgesellschaft, gewählten Vertretern und einfachen Bürgern für Europa heraus entstand. Insgesamt haben sie etwa 4 000 Mitglieder. Die Mitglieder können Einzelpersonen oder juristische Personen sein: Gebietskörperschaften, Universitäten, schulische Einrichtungen, Gewerkschaften, Unternehmen, Kultur-, Bildungs- oder Sportvereine, Städtepartnerschaftsausschüsse...

Die Teams der Europahäuser bestehen aus bezahlten Arbeitskräften und ehrenamtlichen Helfern. Sie arbeiten mit Jugendlichen in Schulen oder gehen Tätigkeiten der informellen Bildung nach. Ziel dieser Tätigkeiten ist es, das echte Europa, seine geografische und seine kulturelle Vielfalt für die Jugendlichen lebendiger zu machen, beispielsweise durch seine Märchen und Legenden, die Herkunft der Sprachen oder die Denkmäler in Europa. Sie können sich aber auch mit den Grundwerten der Europäischen Union und der Arbeitsweise der EU-Organe befassen. Außerdem werden Mobilitätsworkshops angeboten, bei denen die Möglichkeiten der Mobilität in Europa aufgezeigt werden, die das Programm Erasmus+ bietet (Studium, Praktika, Europäischer Freiwilligendienst). Gemeinsam mit ihren vielen Partnern organisieren die Häuser Diskussionen über Themen in Verbindung mit dem aktuellen Geschehen in Europa und tragen vor allem zum Erfolg der Festlichkeiten anlässlich der Europawoche im Mai bei.

Gerade jetzt, in einer Zeit, da Europa zu oft als Sündenbock für den Populismus herhalten muss, ist all diese Arbeit besonders notwendig. Die Europahäuser werden sich aktiv an den Bürgerbefragungen beteiligen, die Präsident Macron im Vorfeld der Europawahl 2019 abhält. Allein der beispielhafte Einsatz zahlreicher Mitbürger kann Europa zu dem Zusammenhalt und der Kraft verhelfen, die es braucht, um unter Wahrung seiner Werte den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen.

Dazu wollen die Europahäuser beitragen.

Unser Verband wurde in den vergangenen Jahren von Catherine Lalumière geleitet, einer großen Verfechterin Europas und ehemaligen Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Es ist mir eine Ehre und Freude, in ihre Fußstapfen treten zu dürfen.

Martine Buron

Wenn Kolleginnen oder Kollegen in Frankreich auf Durchreise sind und die Arbeit unserer Häuser gerne vor Ort erleben möchten, finden sie die entsprechenden Anschriften auf der Website des Verbands ([www.maisons-europe.eu](http://www.maisons-europe.eu)) – sie sind herzlich willkommen!

# FOCUS

Eine transversale Sicht der europäischen Kultur im Lauf der Zeit

## Die europäische Kultur ist für mich vor allem eine Lebensweise!

In der Auslegung von einigen wird sie – aus dem Zusammenhang gerissen – nur aus einer simplizistischen und negativen Sicht gesehen, wenn sie nur die Kreuzzüge, die Ausrottung indigener Rassen, die Sklaverei und den Kolonialismus anführen, und für andere bedeutet Europa ein Licht, das denjenigen Möglichkeiten bietet, die kurzfristig und langfristig mit mehr Qualität, was die Werte angeht, leben wollen.

Europa ist bekanntlich der kleinste Kontinent dieser Welt, in der wir leben. Nicht leicht ist es, seine Grenzen im Osten zu bestimmen, aber im Norden, Süden und Westen dehnen sie sich sofort aus, wenn der europäische Mensch aufbricht, handelt und die vielfältigsten historischen Zeiten der Menschheit prägt!

Die Tatsache, Europäer zu sein, ist über das hinaus, was sie vermitteln oder auch nur „nahelegen“ kann, ein hervorragendes differenzierendes Merkmal dafür, wie man den anderen sieht!

Die europäische Kultur beruht auf einer Dialektik zwischen Introversion und Extraversion, denn sie stellt sich seit der griechischen Kultur selbst infrage – indem sie sich nicht mit einfachen Antworten zufrieden gibt, es sei denn, sie gehen mit neuen Fragen einher – auf ihrem peripatetischen Spaziergang von der Agora aus. Diese Lebensweise vermittelt sie vom Ägäischen Meer über das riesige Mittelmeer, dem „Mare Nostrum“ der römischen Zivilisation, durch die die Grenzen des damaligen Europas im Norden und Osten ausgeweitet wurden, wenn dies auch zu ihrem eigenen imperialen Untergang führte. So wurde aber der Aufstieg des jüdisch/christlichen Verbunds möglich und offiziell, der aus dem benachbarten Nahen Osten stammt, einer Ideologie, die dazu führte, dass sich Europa im christlichen Rahmen definierte.

Die europäische Kultur ist diese Symbiose des Denkens in laizistischen und religiösen Bahnen, die, als sie sich vereinten, das Mittelalter prägten. Sie trennte sich und differenzierte sich mehr als andere Kulturen in der Welt, die über einen existenziellen Monolithen nicht hinauskamen und deren eigener Einflussbereich trotz ihrer Entwicklung niemals dazu führte, dass sie Konzepte wie Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit entwickeln konnten, durch die Europa eine innere Revolution auslöste und danach strebte, sie in ganz unterschiedlichen und weit entfernten Gegenden auf verschiedenen Kontinenten zu vermitteln.

Die aufstrebenden Kathedralen, die Öffnung des Hauses der Renaissance sind dagegen Räume, in denen der Humanismus erblühte, in denen die – sowohl körperlichen als auch spirituellen – Rechte des anderen verstanden wurden. Das gilt auch für die „Feste des Barock“, deren gesegnete Liturgien – oder ihr Gegenteil – später den Europäer veranlassten, in den Cafés des 19. Jahrhunderts zu philosophieren und sich angesichts des Aufkommens der Industrie und gesellschaftlicher Bewegungen mit Konzepten der Dekadenz auseinander zu setzen, in einem besonderen Bewusstseinszustand, in dem sowohl der einzelne als auch das Kollektiv seine Existenz wie in keiner anderen Kultur definierte. Dieses Bewusstsein ist die Grundlage seiner Macht, die seit dem 20. Jahrhundert immer wieder Ströme von Migranten bis heute anzieht, die auf der Suche nach einer befreienden Identität sind.

Für mich ist die europäische Kultur in der Welt vor allem ein Angebot, durch das wir uns dank der interkulturellen Verknüpfung wie im Fluge bestätigen und dadurch von anderen unterscheiden können, dass wir wissen, dass

Fliegen schwierig ist, besonders wenn es gilt, kulturellem Gegenwind standzuhalten. Das Schönste aber ist es, über den Traum hinauszuwachsen und die verschiedenen möglichen Keimungen zu sehen, die dadurch bei der Entwicklung des Menschen ausgelöst werden.

So sind wir es, die Europäer, mit einer solchen kulturellen und historischen Dimension, die in der Lage sind, den anderen in diesem 21. Jahrhundert zu sehen.

Pedro Canavarro  
Santarém, Dezember 2017

## Wirtschaftlicher Wert des kulturellen Erbes

Über die Jahrhunderte hinweg wurde die Welt durch Beiträge zum kulturellen Erbe bereichert: Sie zeugen von den verschiedenartigen Facetten der Generationen, die aufeinander folgten.

Leider gibt es viele bedauerliche Fälle, in denen Werte des Erbes verloren gingen. Allerdings muss anerkannt werden, dass heute ihrer Erhaltung und ihrer Förderung besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

In vielen Fällen handelt es sich um eine Erhaltung, die zu beträchtlichen finanziellen Kosten führt. Allerdings sind das Kosten, die gerechtfertigt sind und Arbeitsplätze in entsprechenden wirtschaftlichen Branchen schaffen. Und – was noch wichtiger ist – es kann nicht hingenommen werden, dass kulturelle Beiträge verloren gehen, die von früheren Generationen geleistet wurden. Wir könnten vor der Geschichte nicht bestehen, wenn wir uns nicht darum kümmern würden, unabhängig von der finanziellen Rendite, die durch die Förderung des Erbes erwirtschaftet wird.

Mit der Bestandsaufnahme der Werte geht die Einrichtung strenger Schutzmaßnahmen mit gravierenden Sanktionen für die diejenigen einher, die sich nicht an die eingerichteten Schutzmaßnahmen halten. Aber gleichzeitig muss man – wie dies ja in der Vergangenheit bereits der Fall war – mit der größtmöglichen Förderung der Werte des kulturellen Erbes fortfahren, in allen nationalen Territorien und in den übrigen Ländern der Welt und zusammen mit allen Schichten der Bevölkerung, unabhängig davon, wie jung oder wie kultiviert sie sind.

So wird die Kultur in wünschenswerter Weise gefördert. Aber durch die Tatsache, dass sehr viele Menschen die Orte besuchen, wo die kulturellen Werte geboten werden, wird vielfach an weniger begünstigten Orten ein sehr wichtiger Beitrag für ihre Wertschätzung geleistet.

In vielen Fällen werden Touristen durch andere Gründe angezogen, wie das natürlich der Fall ist, wenn Strände im Sommer stark frequentiert werden und der Bergtourismus im Winter floriert. Aber die Werte des kulturellen Erbes ziehen natürlich trotz der Tatsache, dass sie in vielen Fällen in weniger begünstigten Gegenden, weit im Inneren der Länder, anzutreffen sind, zu allen Jahreszeiten Touristen an und erhöhen den Wert der Tätigkeiten das ganze Jahr über. Als Beispiel möchte ich Coimbra, die Stadt, in der ich wohne, nennen. Zweifellos ist das Hauptmotiv der touristischen Anziehungskraft die Universität, ein von der UNESCO anerkanntes Kulturgut. Mehr als eine halbe Million Besucher sind über das ganze Jahr hinweg zu verzeichnen, die zu 93 % ausländische Touristen sind. Hier ist der wirtschaftliche Wert des kulturellen Erbes sehr beträchtlich, denn die Zahl der Besucher nimmt im Vergleich dazu jeden Tag zu, was festzustellen wäre, wenn es dieses Kulturgut hier nicht gäbe.

Es geht darum, die wirtschaftlichen Möglichkeiten des kulturellen Erbes auszuschöpfen, die im Falle Europas durch die Öffnung des Marktes spürbar zugenommen haben. Dies liegt im Interesse der europäischen Bürger und im Interesse der Bürger anderer Weltgegenden, die ebenfalls von den so erschlossenen Vorteilen profitieren können. Das gilt für den Schengen-Raum, durch den Wartezeiten und Verzögerungen an den Grenzen verhindert werden, und für die Einführung des Euro bereits durch 19 Länder, wodurch vermieden wird, dass die Reisenden ständig Geld wechseln müssen.

Da die Erhaltung des kulturellen Erbes beträchtliche finanzielle Belastungen bedeutet und da die Länder natürlich vielfache soziale Aufgaben – von der Bildung bis zur Gesundheit – wahrnehmen müssen, ist verständlich, dass die erwirtschafteten Einnahmen einen Beitrag in einer gewissen Größenordnung leisten müssen. So kommt es vielfach vor, dass die Eintrittsgelder für die Monumente die Kosten für ihre Pflege bei weitem übersteigen. Aber die wirtschaftlichen Vorteile gehen weit über die sofortigen Einnahmen hinaus, und die Gewinne in verbundenen Tätigkeiten – von der Hotelbranche über Restaurationsdienste bis hin zu volkstümlichen Veranstaltungen – müssen berücksichtigt werden, wodurch außerdem Werte gefördert werden, die ebenfalls zu fördern sind.

Manuel Porto

## Die schlichte pastorale Architektur der griechischen Inseln

Im Laufe der Jahrhunderte hat die pastorale Architektur in Griechenland und insbesondere auf den Inseln eine einzigartige Ausprägung erfahren.

Sie wurde als „unbekannte Architektur“ bezeichnet – die Architektur der Hirten, die ihre Schafe und Ziegen in Pferchen halten.

Auf den Inseln der Nördlichen Ägäis, etwa Lemnos und Lesbos, ist diese volkstümliche Architektur, die sich von der Architektur auf den Kykladen unterscheidet, noch immer weit verbreitet. Tausende dieser Steingebäude sind über die Inseln verstreut.

Mit einem Bandmaß und einer Kamera ausgerüstet bin ich über die Inseln gewandert und habe diese bäuerlichen Bauten gezeichnet und fotografiert. Als ich begann, die ersten Skizzen anzufertigen, wurde mir bewusst, dass ich auch die Kykladen studieren muss. Nachdem ich das getan hatte, verstand ich die architektonischen Verknüpfungen, die bestehen, etwa auf der Insel Tinos, die eine vergleichbare reiche pastorale Architektur aufweist. Wenn wir dieses Erbe erhalten wollen, brauchen wir einen völlig neuen Ansatz im Bildungssystem. In der Schule muss zumindest die Geschichte der lokalen Architektur der jeweiligen Region vermittelt werden, so etwa die Liguriens in Italien, die der Gironde in Frankreich oder auch die Tirols in Österreich. In Griechenland zeigt sich die Vielgestaltigkeit der pastoralen Architektur in dem Netz der verstreuten Inseln. Wir müssen unbedingt Wege finden, wie wir diese Architektur erhalten können.

Darüber hinaus muss die EU Regeln erlassen, mit denen andere Formen volkstümlicher Kunst geschützt werden können.

Mit Blick auf die Erhaltung der verbleibenden Beispiele ländlicher Architektur hat das Europäische Parlament am 20. Juli 2006 auf seiner Plenartagung einen von mir verfassten Bericht angenommen: Der Bericht mit dem Titel „Entschließung des Europäischen Parlaments zum Schutz des natürlichen, architektonischen und kulturellen Erbes Europas in ländlichen Gebieten und Inselregionen“ (2006/2050(INI)) enthielt u. a. folgende Vorschläge:

- a) Das kulturelle Erbe muss als unteilbares Ganzes begriffen werden, das die Ergreifung gemeinsamer Schutzmaßnahmen gebietet.
- b) Besonderes Augenmerk ist auf den Schutz und die Förderung des natürlichen und architektonischen Kulturerbes in den Inselregionen Europas zu richten.
- c) Interventionsmaßnahmen im ländlichen Raum und in den Inselregionen müssen den folgenden Grundsätzen Rechnung tragen:
  - nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Umwelt,
  - integrierte Betrachtungsweise des traditionellen ländlichen Raumes,

- Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Ausarbeitung und Umsetzung politischer Maßnahmen und Berücksichtigung der Standpunkte der Bevölkerung bei der zentralen Beschlussfassung,
- ständiger Dialog mit Organisationen der Zivilgesellschaft sowie privaten und Freiwilligenorganisationen, die aktiv an der Wahrung des Kulturerbes beteiligt sind.

d) Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten, die örtlichen Behörden und die im Kulturbereich tätigen Nichtregierungsorganisationen sollten Initiativen zur Erhaltung und Valorisierung des europäischen Kulturerbes ergreifen und die Öffentlichkeit für die Bedeutung des Kulturerbes sensibilisieren, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Erhaltung, Restaurierung und Valorisierung kleiner traditioneller Siedlungen.

e) Die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Behörden sollten, wo notwendig, entsprechende Anreize für den Abriss oder Umbau von Gebäuden schaffen, die insbesondere mit dem architektonischen Gesamtbild der Siedlung oder der Lokalität, in der sie sich befinden, aber auch mit der natürlichen Umwelt und umliegenden Gebäuden nicht in Einklang stehen oder diese verschandeln.

Seither sind mehr als 10 Jahre vergangen und die Umsetzung der im Bericht enthaltenen Vorschläge hat noch nicht einmal begonnen.

Nikolaos Sifounakis

## Unesco

Friedenssicherung durch politische Maßnahmen, wie etwa Abrüstung und Streitschlichtung – indem die Friedensbereitschaft der Völker durch erzieherische und kulturelle Maßnahmen gestärkt wird

Geht das überhaupt?

Zumindest ist es einen Versuch wert, der zudem keine Deadline hat, sondern als ewige Aufgabe verbleibt:

Die UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation ist eine internationale Organisation und eine der 17 rechtlich selbstständigen Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UNO) mit Sitz in Paris. Mit derzeit 195 Mitgliedern und 11 assoziierten Mitgliedern .

Der Gründungsvertrag wurde 1946 in London unterzeichnet – und ist eine Schlussfolgerung aus den Erfahrungen des 2. Weltkriegs. In der Präambel heißt es:

Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.

So setzt sich die UNESCO auch folgerichtig für eine demokratische Erziehung auf Basis der Menschenrechte ein, zu denen es explizit auch eine Allgemeine Erklärung von 2005 gibt., zwar völkerrechtlich nicht bindend, doch – in meinen Augen – unumkehrbar..

Es geht um die Idee der Wertschätzung der Errungenschaften der Völker, es geht um das Verständnis für einander, es gilt all die wunderbaren Schätze, die kulturellen, die sozialen, die baulichen, die geistigen, zu pflegen und dadurch zu bewahren.

Dazu muss man in der Lage sein. Dabei helfen und helfen auf die Lebenspraxis bezogene Programme und Initiativen der UN.

So koordinierte die UNESCO das weltweite UN-Aktionsprogramm „Bildung für alle“ und die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie gibt jährlich einen Weltbildungsbericht heraus und setzt sich für lebenslanges Lernen ein. Dazu passt die internationale Zusammenarbeit in den Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften. Im Bereich der Kommunikation ist die Förderung der Pressefreiheit und der Aufbau unabhängiger Medien in Entwicklungsländern und Konfliktregionen ein großer Schwerpunkt!

Das entspricht ihrer Verfassung: „durch Förderung die Zusammenarbeit zwischen den Völkern in Bildung (Erziehung), Wissenschaft und Kultur sowie Kommunikation und Information zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit beizutragen“.

Die herausfordernde Erfüllung ist nicht nur ethisch anspruchsvoll – sondern braucht auch Geld. Das kommt hauptsächlich aus den Pflichtbeiträgen der Mitgliedsstaaten.

Auch vor unserer Haustür können wir oft schon auf die entsprechenden Wirkungsstätten der UNESCO hinweisen.:

Die UNESCO will das Kulturerbe und Naturerbe schützen, die kulturelle Vielfalt bewahren und den Dialog der Kulturen fördern: Seit 1976 erstellt sie eine Liste des Kultur- und Naturerbes der Welt mit Denkmälern, historischen Städten und Landschaften. Sie betreibt auch eine große wissenschaftliche Online-Enzyklopädie, fokussiert sich auf das Weltdokumentenerbe im Rahmen des Programms Gedächtnis der Welt (Memory of the World von 1992), listet nicht nur materielles, sondern auch das immaterielle Kulturerbe wie etwas Tanz, Theater, Musik, mündliche Überlieferungen, Bräuche, Feste, Handwerkskünste.

Alle dieses sei so wertvoll, dass für ihren Schutz die ganze Menschheit verantwortlich sein soll und nicht nur ein Staat.

Aber drohende Wolken sind aufgezogen. Die Organisation ist kein Selbstgänger. Allein zwischen den Vereinigten Staaten und der UNESCO kam es mehrfach zu ernsthaften Differenzen. Die Vereinigten Staaten blieben einmal 19 Jahre fern, das Vereinigte Königreich 12 Jahre. Eine verabschiedete Resolution zum Kulturerbe Palästinas führte im Oktober 2017 zum erneut erklärten Austritt der USA. Donald Trump kritisiert auch eine ungerechte finanzielle Belastung und „dass die Organisation ihr Ziel nicht erreicht habe, möchte aber Beobachter bleiben“ ....

Und da gibt es die maßlosen und brutalen Zerstörungen unserer Tage des syrischen Palmyra, der antiken Oasenstadt im Zentrum des Hochlandes von Aleppo. Seit 1980 Weltkulturerbe. Jetzt auf der Roten Liste des (auch zusätzlich durch Plünderungen) gefährdeten Welterbes. Erschütternd.

Brigitte Langenhagen

## Kulturgüter und bewaffnete Konflikte

Mit dem Ziel, die kulturelle Vielfalt, den interkulturellen Dialog und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und die Bedeutung des europäischen Kulturerbes gerade in einer Zeit, in der Kulturschätze in Konfliktgebieten gefährdet sind und zerstört werden, hervorzuheben und es weiterhin als wesentliches Element der Beziehungen zwischen der Union und anderen Ländern zu erhalten, hat die Europäische Union das Jahr 2018 zum Europäischen Jahr des Kulturerbes erklärt.

Der Schutz von Kulturgütern in bewaffneten Konflikten ist durch internationale Übereinkommen und staatliche Gesetze geregelt.

Einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung des diesbezüglichen Rechtsrahmens und des Konzepts des Kulturguts von 1902 bis heute hat als Resultat der tragischen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs die Haager Konvention von 1954 mit ihren Durchführungsbestimmungen und ihrem Zusatzprotokoll von 1999 geleistet. In der Konvention wird zum ersten Mal das Konzept des universellen Kulturerbes erwähnt, denn „jede Schädigung von Kulturgut, gleichgültig welchem Volke es gehört, bedeutet eine Schädigung des kulturellen Erbes der ganzen Menschheit“. Inzwischen hat sich mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit für den Schutz von Kulturgütern das umfassendere Konzept des Weltkulturerbes durchgesetzt, und das International Committee of the Blue Shield/Blue Shield International, das über die erforderlichen Fachkompetenzen und die notwendige Erfahrung sowie weitgespannte internationale Kontakte verfügt und mit militärischen Stellen und Notfalldiensten zusammenarbeitet, koordiniert bei allen Gefährdungen, etwa durch bewaffnete Konflikte oder bei Naturkatastrophen, Schutz-, Präventions- und Sicherungsmaßnahmen.

Der Schutz des kulturellen Erbes in Krisengebieten und die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kunstwerken waren die Prioritäten des am 30. und 31. März 2017 in Florenz abgehaltenen ersten Treffens der Kulturminister der G7-Staaten. Als Ergebnis dieses Treffens wurde mit Bezugnahme auf die UNESCO-Initiative „Unite4Heritage“ die Einrichtung einer Task Force für den Schutz des Weltkulturerbes, eine Art „Blauhelme für die Kultur“, vorgeschlagen. Dies ist eine schnelle Eingreiftruppe mit hochspezialisierten Fachleuten aus dem zivilen und dem militärischen Bereich, deren Kern aus für den Schutz des Kulturerbes zuständigen Carabinieri, Kunsthistorikern, Wissenschaftlern und Restauratoren besteht. Bereits am 25. März 2017 hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die von Italien und Frankreich eingereichte Resolution 2347 einstimmig verabschiedet, die sich ausschließlich mit dem Schutz von durch bewaffnete Konflikte gefährdetem Kulturerbe befasst und die vorsieht, die bedeutenden technischen Fähigkeiten der Carabinieri für die Arbeit der „Blauhelme für die Kultur“ zu nutzen. In den vergangenen zwanzig Jahren ist Italien immer wieder für den Schutz des Kulturerbes in Konfliktgebieten aktiv geworden; so hat Italien etwa im vergangenen November, als es den Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen innehatte, Maßnahmen vorgeschlagen, um das Kulturerbe, die geschichtliche und kulturelle Vielfalt und die Symbole der verschiedenen Kulturen zu schützen, die von barbarischer Zerstörung bedroht sind.

Eine Politik der Wiederherstellung von Demokratie und Frieden kann außer mit militärischen Mitteln auch durch andere geeignete Maßnahmen erfolgen, die mit den auf internationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen in Einklang stehen. Die Wiedergewinnung und der Schutz des Kulturerbes als Zeuge der eigenen Geschichte, Zivilisation, Kultur, Identität, Religion und Tradition kann hier eines der fruchtbarsten und innovativsten Elemente sein, und Kulturgüter können, sofern sie entsprechend konserviert und aufgewertet werden, eine wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Ressource sowie einen der Grundsteine der Demokratie darstellen. Dafür ist allerdings eine stetige Zusammenarbeit zwischen Politik, Kultur, Universitäten, Militär und Zivilgesellschaft erforderlich.

Zweifelsohne ist die „Kulturdiplomatie“ eines der wichtigsten Instrumente für die internationalen Beziehungen, das jedoch strategische Bedeutung nur dann erlangt, wenn die Kultur zu einem Grundelement der diplomatischen Beziehungen zwischen den Staaten wird. Bestimmte Nationen verfolgen diesen Ansatz bereits und betrachten die Kultur als eine der Grundlagen ihrer Außenpolitik.

MONICA BALDI

## LUX-FILMPREIS

Vor elf Jahren wurde mit dem LUX-FILMPREIS des Europäischen Parlaments begonnen, neue Wege auszuloten, wie über von Filmen hervorgerufene Emotionen Grenzen überschritten, Hürden überwunden und Brücken gebaut werden können, indem wir uns zu Bewusstsein führen, dass wir uns ein historisches Fundament teilen, an das uns unsere europäische Identität und Vielfalt bindet.

Die meisten europäischen Filme werden ausschließlich in dem Land gezeigt, in dem sie auch produziert wurden, und nur selten grenzüberschreitend verliehen. Der Kontrast wird noch größer, wenn wir uns vor Augen führen, dass über 60 % der veröffentlichten Filme europäisch sind, jedoch nur ein Drittel der gesamten Zuschauer ins Kino locken.

Das Europäische Parlament hat den LUX-FILMPREIS aus der Taufe gehoben, um sowohl den Verleih hochwertiger europäischer Filme als auch die Diskussion auf europäischer Ebene anzuregen. Ein weiteres Ziel besteht darin, europäische Talente und die europäische Filmbranche zu unterstützen.

Der Verleih von Filmen des LUX-FILMPREISES in Europa wird dadurch erleichtert, dass das Parlament die Untertitelung in den 24 Amtssprachen unterstützt und eine Kopie des Films für jeden Mitgliedstaat erstellt wird, sodass das Publikum erweitert wird und die Marktchancen verbessert werden.

Kultur und Film sollten als „Zündschlüssel“ verstanden werden, mit denen dem Dialog zwischen den Gemeinschaften möglicherweise eine neue Dynamik verliehen werden kann. Kultur und Film sind ideale Instrumente, um sich mit Stereotypen und Vorurteilen auseinanderzusetzen und den Weg für einen interkulturellen Dialog zu ebnet. Mit einem Bildungspaket erreichen wir sogar Schulen.

Und genau dies wird mit dem LUX-FILMPREIS bezweckt.

Jährlich wird im Rahmen des LUX-FILMPREISES bei den LUX-FILMTAGEN in über 20 Festivals europaweit nicht nur ein charakteristischer Raum bereitgestellt. Es handelt sich um weit mehr als die 250 Vorführungen und Diskussionen über die in den Filmen aufgeworfenen aktuellen Fragen, etwa zu den Themen Migration, Gewalt gegen Frauen, geschlechtsspezifische oder wirtschaftliche Ungleichheiten, Identität oder sexuelle Ausrichtung. Es handelt sich um mehr als die sich alljährlich für 28 junge Filmbegeisterte bietende einzigartige Gelegenheit, Teil der Jury der Giornate degli Autori (Filmtage) in Venedig zu sein und nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland Botschafter des LUX-FILMPREISES zu werden und auf diese Weise das Gefühl einer europäischen Bürgerschaft zu stärken und ein neues Publikum zu erschließen.

Durch den LUX-FILMPREIS wurde eine Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Nenner geschaffen, eine Plattform, auf der sich unsere Ansichten und unser Blick auf das Leben entfalten können. Die Filme, die beim LUX-FILMPREIS

ins Scheinwerferlicht gerückt werden, sind ein Mittel, um unsere Neugierde zu wecken und um mehr über unsere Unterschiede und Gemeinsamkeiten in Erfahrung zu bringen. Aus diesem Grund sind wir sehr stolz auf die von uns in den letzten drei Jahren veranstalteten parallelen Filmvorführungen zu überaus sensiblen Themen, bei denen während der LUX-Filmtage das Publikum, Filmregisseure und Mitglieder des Parlaments einbezogen werden. Auch im letzten Jahr wurden die drei Wettbewerbsfilme des LUX-FILMPREISES wieder europaweit gleichzeitig ausgestrahlt, und zwar zusätzlich zu den regulären Vorführungen in Zusammenarbeit mit dem „Kreatives Europa“-Desk der Kommission.

Mit der Zeit hat sich der LUX-Filmpreis als einzigartiges und wirkmächtiges Instrument für die Kulturdiplomatie des Europäischen Parlaments erwiesen. Die Filme werden immer öfter von den Botschaften der EU auf der ganzen Welt angefragt, von Südafrika bis Argentinien, von Island bis nach Texas.

Bei den Filmen und dem LUX-FILMPREIS handelt es sich um ideale Hilfsmittel, um Werte zu verbreiten, Menschen zu verbinden und über Europa und seine Zukunft zu debattieren und nachzudenken. Dies könnte sich hervorragend dafür eignen, eine Strategie für die internationalen Beziehungen außerhalb der Europäischen Union festzulegen, angefangen auf dem Balkan und im Mittelmeerraum.

Kultur und Kino sollten als eines der wirkmächtigsten Hilfsmittel weiterhin eine Säule darstellen, wenn es um gegenseitigen Respekt und Verständnis geht ([www.lux-prize.eu](http://www.lux-prize.eu)).

Doris Pack

# FMA ACTIVITIES

## SUPPORT OF DEMOCRACY

### Durchbruch bei der Einbindung ehemaliger Mitglieder in Tätigkeiten im Bereich Demokratie

In den letzten Monaten hat der Verein unter anderem mit dem Europäischen Parlament einen konstruktiven Dialog mit dem Ziel geführt, die wertvollen Erfahrungen und Fachkenntnisse ehemaliger MdEP für die Förderung von Demokratie, die Beobachtung von Wahlen und ähnlichen Tätigkeiten zu nutzen. Gemeinsam mit Brigitte Langenhagen und dem Sekretariat des Vereins habe ich den Ansatz verfolgt, den ich auch als Vizepräsident für Demokratie und Menschenrechte verfolgt habe – den Ansatz nämlich, dass die ehemaligen MdEP bei diesen Tätigkeiten als eine Priorität betrachtet werden sollten.

Ich habe an einigen solcher Missionen teilgenommen oder diese geleitet, seit ich nach dem Fall der Berliner Mauer das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) mit 190 Mio. EUR eingerichtet habe, das bis heute das weltweit größte Programm in diesem Bereich ist. Mit dem EIDHR werden sämtliche Beobachtermissionen der EU finanziert.

Ich freue mich, berichten zu können, dass die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und das damit verbundene Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bereit ist, sachkundige ehemalige MdEP systematisch in Wahlbeobachtungen einzubinden. Für dieses Jahr führt das BDIMR auf seiner Website z. B. 19 einzelne Missionen an – von den Präsidentschaftswahlen in Russland und Aserbaidschan bis hin zu den Zwischenwahlen in den USA.

Das Europäische Parlament hat versichert, sein Möglichstes zu tun, um Bewerbungen von erfahrenen ehemaligen MdEP um eine Mitarbeit in den Kernteams der OSZE-/BDIMR-Wahlbeobachtungsmissionen zu fördern und zu unterstützen. Solche Sachverständige werden weiterhin nach einem strengen, etablierten Verfahren ausgewählt, aber die politischen Erfahrungen und Fachkenntnisse der ehemaligen MdEP – etwa im Zusammenhang mit deren Beteiligung an früheren Beobachtermissionen der EU – gelten als besonders wertvoll.

Ehemalige Mitglieder werden dringend aufgefordert, sich in die OSZE-/BDIMR-Datenbank für Wahlexperten einzutragen, was nach wie vor eine Grundvoraussetzung für die Bewerbung um Stellen im Kernteam darstellt. Das Sekretariat des Vereins steht Ihnen jederzeit für Unterstützung zur Verfügung; weitere Informationen sind auf der Website des Vereins abrufbar.

Zudem haben wir mit dem Europäischen Parlament (EP) eine umfassende Beteiligung ehemaliger MdEP an dessen Tätigkeiten in den Bereichen Kapazitätsaufbau, Vermittlung und Menschenrechte ausgehandelt, die an die Wahlbeobachtungsmissionen des EP anschließen. Das Europäische Parlament hat sich bereit erklärt, ehemalige MdEP als Redner und Sachverständige zu Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen einzuladen, die entweder in Brüssel, in Straßburg oder in den Mitgliedstaaten abgehalten werden. 2018 decken die Tätigkeiten des EP im Bereich der Demokratieförderung verschiedene Länder ab – etwa die Republik Moldau, die Ukraine, Georgien, Tunesien, Marokko, Peru und Nigeria – und werden auch im Rahmen des Panafrikanischen Parlaments durchgeführt.

Um rasch und wirksam auf eine mögliche Nachfrage nach Sachverständigen des Europäischen Parlaments reagieren zu können und dafür zu sorgen, dass die OSZE/das BDIMR umfassend über das außerordentliche Humankapital im Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments im Bilde ist, aktualisieren wir derzeit unsere Datenbank und heben die spezifischen Kompetenzen von Mitgliedern hervor, die an einer Mitarbeit in diesen Tätigkeitsbereichen interessiert sind.

Obgleich wir sehr konstruktive Gespräche mit wichtigen Persönlichkeiten geführt haben, ist die Teilnahme ehemaliger Mitglieder an Missionen der EU bisher aufgrund von unterschiedlichen Fragestellungen – unter anderem im Zusammenhang mit Versicherungen oder mit Bereichen der politischen Verantwortung – noch nicht möglich gewesen. Wir hoffen, dass durch die systematische und positive Einbindung ehemaliger MdEP in die oben genannten Programme derzeitige Vorbehalte beseitigt werden können.

von Edward McMillan-Scott, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Demokratie des Vereins der ehemaligen Mitglieder  
des Europäischen Parlaments

## Kann die Ukraine von der EU und den nordischen Ländern etwas über Konfliktlösung lernen?

Am 20./21. Oktober hielt ich bei der Ukrainischen Vereinigung für Europäische Studien in Charkiw einen Vortrag zum Thema „Konfliktlösungsinstrumente der EU“. Charkiw wurde als Hauptstadt des Separatistengebiets „Noworossija“ („Neurussland“) vorgeschlagen, doch obwohl die Bewohner Charkiws im Alltag Russisch sprechen, unterstützten sie die Abspaltung nicht.

Auch in Kiew ist Russisch die Sprache, die man auf den Straßen am häufigsten hört. Die Studierenden an der Wernadskyj-Universität atmen erleichtert auf, wenn die Vortragenden es ihnen erlauben, von Ukrainisch auf Russisch zu wechseln. Michail Stantschew, Professor für Geschichte, lehrt weiterhin auf Russisch – trotz des neuen Sprachengesetzes, das besagt, dass aller Unterricht auf Ukrainisch stattfinden hat (der Europarat kritisierte das neue Gesetz am 12. Oktober 2017 als Verstoß gegen die Rechte der nationalen Minderheiten). Professor Stantschew überreichte mir ein Exemplar seines auf Russisch verfassten Buches mit dem Titel „Der Dritte Weltkrieg – Die Schlacht um die Ukraine“, in dem er Wladimir Putin vorwirft, ein Ebenbild Adolf Hitlers zu sein. In einem privaten Gespräch mit mir gestand Professor Stantschew ein, dass auch die Ukraine Mitschuld an dem Konflikt trage, da es nicht gelungen sei, auf kommunaler Ebene für Demokratie zu sorgen. Er stimmte ebenfalls zu, dass es ein Problem sei, dass die Ukraine durch das Assoziierungsabkommen mit der EU gezwungen war, die Freihandelszone der ehemaligen Sowjetrepubliken zu verlassen.

Berichten aus Kiew zufolge gelten die baltischen und skandinavischen Länder im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland als Hardliner der EU, während mehrere Länder in Südeuropa die Sanktionen in Frage stellen. Sie werden von Idriss Jazairy, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, unterstützt, der darauf hingewiesen hat, dass die Sanktionen die EU-Länder monatlich 3,2 Mrd. USD kosten und sich eher auf unschuldige russische Bürger als auf die Führungskräfte des Landes auswirken.

Die Konferenzteilnehmer hörten meinem Vortrag über die Friedensstiftungsinstrumente der EU, die von Assoziierungsabkommen bis hin zu Sanktionen reichen, mit großem Interesse zu. Außerdem nickten sie anerkennend, als ich über die Konflikte in den nordischen Ländern und ihre friedlichen Lösungen sprach. So

erwähnte ich etwa die Übernahme Skånelands, das zuvor 300 Jahre lang im Besitz Dänemarks gewesen war, durch Schweden im Jahr 1658. Etwa 150 Jahre später – im Jahr 1809 – akzeptierte Schweden den Verlust Finnlands an Russland, nachdem der schwedische Nationaldichter Esaias Tegnér gefordert hatte, Finnland innerhalb der Grenzen Schwedens wiederzuerobern. Norwegens Abspaltung von der Union mit Schweden im Jahre 1905 erfolgte unter der Zustimmung Schwedens, und auf der Grundlage eines internationalen Beschlusses in den 1920er Jahren wurde gestattet, dass die Inselgruppe Åland ein Teil Finnlands bleibt, obwohl sich deren Bevölkerung den Anschluss an Schweden gewünscht hatte. In den 1990er-Jahren bot Boris Jelzin Finnland den Rückkauf Kareliens an, doch Präsident Mauno Koivisto lehnte dieses Angebot ab. Ich wies darauf hin, dass anhand dieser Beispiele aus den nordischen Ländern, die den Verlust von Teilen ihres Hoheitsgebiets akzeptierten, der Grundsatz der EU aufgezeigt werden könne, dass Grenzen nicht verändert, sondern bedeutungslos werden sollten. Daraufhin wurde – ziemlich empört – die Frage gestellt, ob ich den Ukrainern dazu rate, die Krim und den Donbas aufzugeben. Ich verneinte. Natürlich haben Regionen ein demokratisches Recht darauf, ihren eigenen Weg zu gehen, wie die Beispiele Schottland, Quebec und Katalonien zeigen. Doch dabei müssen die Spielregeln der Demokratie eingehalten werden. Bei der Krim und dem Donbas war dies nicht der Fall.

Die Ukraine ist dabei nicht ohne Schuld: Das Sprachengesetz zeugt von einer Insensibilität, die dazu führen könnte, dass die russischsprachigen Ukrainer ihre ukrainische Identität anzweifeln. Wenn Schwedisch in Finnland, wo etwa fünf Prozent der Bevölkerung Schwedisch sprechen, neben Finnisch offizielle Amtssprache sein kann, warum kann Russisch in der Ukraine dann nicht neben Ukrainisch den Status einer Amtssprache erhalten?

Bei einer Demonstration vor dem Parlament in Kiew erhielt ich einen kleinen Gedichtband mit dem Titel „Auf dem Majdan gingen unsere Ängste in Flammen auf“, das auf Russisch verfasste Gedichte eines in Moskau geborenen Dichters enthält. Einzig das erste Gedicht mit dem Titel „Ode an die Ukraine“ ist in ukrainischer Sprache geschrieben. Der Kehrreim des Gedichts lautet: „Wir haben unser Blut für unsere Freiheit vergossen und dadurch unsere kosakische Volkszugehörigkeit bekundet.“ Dieses Büchlein ist ein Sinnbild der ukrainischen Identitätskrise.

Per Gahrton

## Kann die EU den Brexit überleben?

Es hat mich sehr gefreut, dass ich nach meinem Besuch im „Euroculture Centre“ der Universität Göttingen im November 2016 in diesem Jahr erneut eingeladen wurde. Als Thema meines Vortrags schlug ich eine Fortsetzung des Vortrags vor, den ich im vergangenen Jahr unter dem Titel „Kann die EU den Brexit überleben?“ gehalten hatte. Dieser Titel war nicht nur ein typisches Beispiel für den englischen Humor, sondern er warnte zugleich vor der Gefahr, die der Brexit nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für die EU bedeutet.

In den drei Seminaren des Master-Studiengangs, die ich besuchte, zeigten sich die Studierenden angesichts des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU vor allem irritiert und betroffen. Einige der Studierenden aus dem Vereinigten Königreich machten sich Sorgen um ihre Aufenthaltsberechtigung nach dem Brexit, und auch Studierende aus anderen EU-Mitgliedstaaten stellten sich die Frage, was der Brexit für sie konkret bedeuten würde. Während meines Besuchs im letzten Jahr erreichte uns die Nachricht vom Sieg Donald Trumps bei der Präsidentschaftswahl in den USA, und die Studierenden reagierten darauf in ähnlicher Weise wie auf die Entscheidung über den Brexit.

Mein Besuch in diesem Jahr fiel in die Zeit nach der Wahl zum deutschen Bundestag, bei der die zwei größten Parteien (CDU/CSU und SPD) stark verloren hatten und die EU-feindliche nationalistische AfD viele Stimmen gewinnen konnte. Das politische Schicksal von Kanzlerin Angela Merkel, die vielen als stabilisierende Kraft in der EU gilt, ist damit in Frage gestellt. Die Zeiten werden immer unsicherer. Die zunehmende Ablehnung der Asylpolitik der EU durch die östlichen Mitgliedstaaten der EU macht deren zunehmend skeptische und sogar feindliche Haltung gegenüber der Brüsseler EU-Politik deutlich.

„Europa“ wird für die Nationalstaaten immer mehr als Problem und nicht als Lösung gesehen – und das ist etwas, was sich dem Verständnis der Brüsseler Befürworter von „Mehr Europa“ entzieht.

Die Wahrnehmung von dem, was Europa bedeutet, driftet immer mehr auseinander. Jüngere Menschen, wie etwa die Studierenden, die ich in Göttingen oder zu Hause und bei von dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments organisierten Gastvorträgen begegne, sind meiner Erfahrung nach eher optimistisch eingestellt. Viele von ihnen nehmen an europäischen Programmen teil; Auslandsreisen sind für sie eine Selbstverständlichkeit. Sie sind bereit, die Herausforderungen anzunehmen und die Möglichkeiten zu nutzen, die ihnen die EU bietet.

Doch die kritische Frage, ob die EU wirklich für alle da ist oder nur für eine flexible, mobile und gebildete Elite, will nicht verstummen.

Die EU steht vor schweren Aufgaben, für deren Lösung weniger Selbstbeweihräucherung und mehr überzeugende Argumente erforderlich sind.

Michael Hindley, MdEP (Labour Party) 1984–1999

Berater für handelspolitische Angelegenheiten des EWSA (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss)

Michael hat an der Universität Göttingen Gastseminare für M.A.-Studierende des Fachs Internationale Beziehungen abgehalten.

Sie können Michael auf Twitter folgen:

@HindleyLancs

November 2017

## Jean-Monnet-Programm

### „Europa und nachhaltige Entwicklung“

Das Programm bestand aus zwei Teilen:

- 1) Vorträge und Diskussionen an der Universität
- 2) und die Teilnahme an der 1. Tagung des internationalen Netzwerks der Michelin-Städte.

Dies war eine intelligente Kombination der akademischen Arbeit mit einer Großveranstaltung, bei der Arnaud Diemer als Organisator großartige Arbeit geleistet hat.

1) Die Vorlesungen an der Universität Clermont-Ferrand richteten sich vornehmlich an Studenten (viele von ihnen im Rahmen von Erasmus oder anderen EU-Programmen) aus unterschiedlichen Ländern Europas, die an Projekten mitwirken oder dabei sind, ihre Abschlussarbeit zu schreiben, und somit die Gelegenheit bekamen, ihre wissenschaftlichen Ergebnisse vorzustellen und mit Studienkollegen zu erörtern.

Zu der internationalen Atmosphäre des Seminars trug bei, dass alle Präsentationen und Diskussionen auf Englisch stattfanden.

Im Mittelpunkt der Präsentationen stand die Kreislaufwirtschaft und die Frage, welche Methoden und Instrumente dazu geeignet sind, ein faires und allumfassendes System zu entwickeln, das einer wachsenden Weltbevölkerung gerecht wird, ohne dass Ressourcen überstrapaziert werden, Abfall entsteht und die Umwelt geschädigt wird. Besonders interessant war das Konzept der „Kreisläufe der Nachhaltigkeit“, das von Professor Paul James von der Universität Sydney vorgestellt wurde. Dabei wird die nachhaltige Entwicklung von Städten in den vier Bereichen Ökologie, Wirtschaft, Politik und Kultur bewertet. Jeder Bereich ist in sieben Unterbereiche unterteilt, so zum Beispiel Werkstoffe und Energie, Luft und Wasser, Produktion und Ressourcenbeschaffung, Organisation und Steuerung, Kommunikation und Mobilität, Engagement und Identität sowie Geschlechter und Generationen. Die Bewertung erfolgt auf einer neunstufigen Skala, wobei kritische Nachhaltigkeit am Anfang und dynamische Nachhaltigkeit am Ende steht.

Das Seminar widmete sich zum Teil dem Thema der künftigen Entwicklung von Städten, wobei Szenarien wie Hochhäuser mit vertikalen Gärten und waldähnliche Gebäude vorgestellt wurden, aber es bot auch Raum, um die nachhaltige Entwicklung von Städten philosophisch zu beleuchten.

Meine Kollegin Zofija Mazej Kukovič und ich waren an diesen Diskussionen beteiligt, und es gab eigens zwei Sonderveranstaltungen zur Erörterung von EU-Fragen.

Eine bestand aus der Vorstellung von uns selbst und unserer Tätigkeit im Europäischen Parlament, und die andere war ein von einem emeritierten Wissenschaftler durchgeführtes Interview.

Dies gab uns die Gelegenheit, über Programme, Budgets und vor allem auch über legislative Fragen zu sprechen und unsere Vorstellungen von der zukünftigen Entwicklung darzulegen.

Da die Teilnehmer aus unterschiedlichen Ländern kamen (Spanien, Belgien und die Ukraine) bestand ein besonderes Interesse an Fragen bezüglich der Autonomie von Regionen und deren Beteiligung an politischen Maßnahmen der EU sowie im Hinblick auf den Beitritt zur EU und geopolitische Erwägungen. Selbstverständlich war auch der Brexit ein wichtiges Thema.

Nach meiner Meinung ist es nach so vielen Jahren immer noch überaus wichtig und notwendig, selbst Teilnehmern mit einem hohen Bildungsgrad zu erläutern, wie sich die Gesetzgebung auf EU-Ebene entwickelt hat und wie sie vorstangeht.

2) Zu dem Seminar gehörte auch der erste Tag der 1. Tagung des internationalen Netzwerks der Michelin-Städte, die unter dem Motto „eine nachhaltige Stadt“ stand. Zu dieser Veranstaltung waren alle Teilnehmer und Redner in das Polydome-Kongresszentrum eingeladen. Zofija Mazej Kukovič und ich nahmen daran als Sachverständige teil. Dies gab uns die Gelegenheit, über die unterstützende EU-Rechtssetzung und entsprechende Projekte und Programme für nachhaltige Städte zu sprechen und hervorzuheben, wie wichtig eine europäische Zusammenarbeit ist.

Die Teilnehmer kamen aus aller Welt, wobei ich anregen möchte, dass das EP und der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments weiter in Kontakt bleiben, damit eine weitergehende Zusammenarbeit befördert wird.

Ilona Graenitz

## LIEGT UNS DIE KÜNFTIGE GENERATION AM HERZEN?

Mit Freude nahm ich am Jean-Monnet-Programm der Universität Clermont-Ferrand und am internationalen Symposium „Das Michelin-Netzwerk nachhaltiger Städte“ teil. Was sollte uns zu einer nachhaltigen Stadt führen? Was sollte uns zu einer nachhaltigen EU führen?

Vom Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) war zudem das ehemalige MdEP Ilona Graenitz vertreten.

Vor drei Jahren schrieb ich in meinem Buch START UP EUROPE: „Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, bei dem wir weniger Ressourcen nutzen und mehr Produkte erzeugen, ist realistischer in Krisenzeiten als in Zeiten des Überflusses zu erreichen. Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Zeiten des Überflusses an sich die Kreativität beschränken.

Zu den vorrangigen Bereichen, in denen grundlegende Änderungen erforderlich sind, zählen die Mobilität, Lebensmittel, die Gesundheit und das Wohnungswesen.“ Diese Inhalte waren bei den beiden Veranstaltungen in Clermont-Ferrand nach wie vor ein sehr aktuelles Thema, wobei der Mobilität und der Nachhaltigkeit durch die Nutzung der Ressourcen des Planeten eine besondere Bedeutung zukam.

Die Konferenz mit Doktoranden war inhaltlich auf die Nachhaltigkeit in Städten ausgerichtet. Es gibt keine Antwort auf die Frage der wachsenden Bevölkerung in den Städten; einigen Prognosen zufolge werden im Jahr 2040 70 % der Gesamtbevölkerung in den Städten leben. Mein Vorschlag stand im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Forschungsarbeit betreffend die Frage, wie die Menschen zum Verbleib im ländlichen Raum motiviert und entsprechende Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, fortzusetzen. Inneres Glück erreichen wir auch durch den Kontakt mit dem Land und die Nachahmung der Natur.

Forscher und Professoren stellten die Herausforderungen vor, denen sich nachhaltige Städte in Bezug auf die Kultur, die Umwelt, die Energie und die Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft gegenübersehen. Bei zwei Rundtischgesprächen diskutierten wir über die europäischen Rechtsvorschriften in diesen Bereichen und zukünftige Entwicklungen. Die Studierenden stellten Fragen zu dem einzigartigen GEFÜHL DER ZUGEHÖRIGKEIT ZUR EU. Für die Studierenden, die aus der ganzen Welt kommen, war dies die eindrucksvollste Information über die EU. Themen wie dem Brexit und der Migrationskrise standen sie kritischer gegenüber.

Im Rahmen der vom Michelin-Netzwerk organisierten Konferenz hielt ich einen Vortrag zum Thema Mobilität.

„Als ehemalige Gesundheitsministerin und als ehemaliges Mitglied des ENVI Ausschusses engagiere ich mich für die Gesundheit der Menschen und unseres Planeten.

Das Europäische Parlament hat nahezu alle erforderlichen Rechtsvorschriften als Grundlage für die Mobilität ausgearbeitet, die ferner ein wesentlicher Aspekt einer nachhaltigen Stadt ist. Ein digitales Europa, ein digitaler Binnenmarkt und Massendaten sind die neuen technischen Möglichkeiten, mit denen die Menschen über die Mobilitätsbedürfnisse vernetzt werden können.

Wir sollten nicht nur die Bedürfnisse der Menschen, sondern auch ihre Gefühle beachten. Jeder von uns möchte sich sicher fühlen und gleichzeitig seine Privatsphäre gewahrt wissen. Die Sicherheit der Menschen, vor allem bei Unfällen, Naturkatastrophen und gesundheitlichen Notfällen, ließe sich durch die Mobilität verbessern. Mobilität und Zugänglichkeit sind für die Nachhaltigkeit und die Unternehmensentwicklung von Bedeutung.“

Die Fotografien und Filme des weltberühmten Fotografen Yann Arthus-Bertrand zeigen die Naturlandschaften und Menschen dieser Erde. Sein neuer Film WOMEN veranschaulicht das ganze Elend von in Armut lebenden Frauen, die politisches Handeln fordern.

Die junge, sehr erfolgreiche Schriftstellerin Cécile Coulon stellte ihr jüngstes Buch mit dem Titel „Trois saisons d'orange“ vor. Sie wuchs in einem Dorf auf. Heute ist sie Schriftstellerin und ermuntert junge Menschen dazu, in stärkerer Verbundenheit mit der Natur zu leben.

Als Teilnehmerin des „EP to Campus“-Programms des VEM möchte ich erwähnen, dass die Organisation durch die Universität Clermont-Ferrand und Prof. Arnaud Diemer hervorragend war. Ferner sind die Motivation der Studierenden und ihre Beteiligung an unserer Diskussion positiv hervorzuheben. Ich möchte beiden meinen Dank aussprechen.

Zofija Mazej Kukovič

## MEETING WITH THE YOUNG GENERATION

Schon seit einigen Jahren nehme ich regelmäßig am Programm „EP to Campus“ teil. Der Grund dafür ist in erster Linie, dass mir das Hauptziel des Programms am Herzen liegt, Studierenden Fachinformationen zu vermitteln, um so ihr Wissenskapital zu vergrößern.

Dieser Prozess beruht auf Gegenseitigkeit – als Gastredner ziehen auch wir Nutzen aus der analytischen Herangehensweise und dem kritischen Denken der jungen Generation.

Im vergangenen Dezember hielt ich im Rahmen des Programms zwei Seminare, eines über Migration in der EU im Jahr 2017 („EU Migration Insights 2017“) und das andere über die Rolle des EP beim Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU.

In dem ersten Seminar über die präzedenzlosen globalen Wanderungsbewegungen diskutierten wir über die Strategien der Mitgliedstaaten zur Integration von Migranten. Außerdem beschäftigten wir uns mit dem Thema Migration auch im Zusammenhang mit Identitätsfragen und Populismus. Ich ging kurz auf die Reform des Dublin-Systems und die Rückkehrpolitik der EU ein.

Da Bedenken im Hinblick auf Migration und Identitätsfragen eine große Rolle in der europäischen Politik spielen, haben wir viel Zeit damit verbracht, zwei Umfragen zu diskutieren, die zwei entgegengesetzten Perspektiven gewidmet waren.

Die erste Umfrage stammte von dem im London ansässigen Königlichen Institut für internationale Angelegenheiten, das allgemein unter dem Namen „Chatham House“ bekannt ist. Mit dieser Umfrage wollte das Institut herausfinden, wie sich Migration nach Ansicht der Menschen in der EU auswirkt und welche Einstellung sie zur Flüchtlingskrise und zu der Art und Weise haben, wie mit dieser Krise seit 2015 umgegangen wurde. Eine zentrale Rolle spielt in dieser Umfrage auch die Frage nach der Bedeutung des Islams in den europäischen Gesellschaften.

Die zweite Umfrage wurde von der in Wien ansässigen Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) durchgeführt. In dieser geht es um die Erfahrungen muslimischer Flüchtlinge und ihrer Kinder, die in Mitgliedstaaten der EU geboren wurden.

Wir gelangten zu zwei allgemeinen Schlussfolgerungen:

– Populistische Bewegungen werden weiterhin Unterstützung in der Bevölkerung finden, wenn sie entsprechende Bedenken so zu stärken wissen, dass sie bei breiten Bevölkerungsschichten zu einer oppositionellen Haltung zur EU führen. Daher muss mithilfe breit angelegter Strategien versucht werden, Wähler mit einer eher autoritären Gesinnung zu erreichen und die Debatten über Migration so neu zu gestalten, dass der Eindruck vermieden wird, dass die eigene Kultur oder Identität dadurch bedroht würden.

– Langfristig gesehen müssen sich die führenden Gremien der EU-Organe sowie die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft darum bemühen, auf einen Wandel der Einstellungen in der Bevölkerung hinzuwirken. Ein Grund für Optimismus sind jedoch die Vorzüge der EU im Vergleich zu anderen Regionen auf der Erdkugel: So gehören einige EU-Mitgliedstaaten nicht nur zu den in wirtschaftlicher Hinsicht wettbewerbsfähigsten weltweit, sondern ihre Gesellschaften zeichnen sich auch durch ein hohes Maß an Gleichheit aus. Die Herausforderung für die EU besteht nun darin, diese Stärken zu nutzen und auf den historischen Errungenschaften des bisherigen Integrationsprozesses aufzubauen.

Um die internationale Gruppe von ungefähr 60 Studierenden einander näher zu bringen, habe ich sie auf die Konzertreihe „Give a Home“ aufmerksam gemacht, mit der im September in Städten überall auf der Welt Solidarität mit Flüchtlingen bekundet wurde. Unter den 1 000 Künstlern, die im Rahmen dieser Initiative in den privaten Räumlichkeiten ihrer Fans zugunsten von Flüchtlingen auftraten, befand sich auch der englische Sänger und Songwriter Ed Sheeran: <https://www.youtube.com/watch?v=UTxa6HTIecw>

Das zweite Thema „Die Rolle des EP beim Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU“ rief viele Fragen gemäß dem Grundsatz „Nichts ist beschlossen, solange nicht alles beschlossen ist“ hervor. Wir erörterten detailliert die Bürgerrechte, das Karfreitagsabkommen und die einheitliche Finanzregelung. Anschließend hielten wir auf der Grundlage einer Umfrage, die der seit dem Brexit-Referendum in Großbritannien herrschenden öffentlichen Meinung gewidmet war, noch ein Brainstorming ab.

Am Freitag fand der Höhepunkt unserer Veranstaltung in Form eines kleinen kreativen Projekts statt: Studenten aus Syrien, Ghana, Kroatien, der Ukraine, der Tschechischen Republik und ich riefen anlässlich des Internationalen Tags der Migranten am 18. Dezember und des Weltflüchtlingstags am 20. Juni in einem Lied mit dem Titel „Race to Freedom“ zur Empathie auf: <https://youtu.be/XLti17OV8R4>

Mariela Baeva

## CRISIS AND FUTURE OF DEMOCRACY

Unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Premierministers Jean-Pierre Raffarin und im Beisein von Abgeordneten der Nationalversammlung, hoher Beamter und Vertreter der Zivilgesellschaft durfte ich ein Seminar zur „Krise und Zukunft der Demokratie“ in Paris abschließen. Im Folgenden einige meiner Anmerkungen:

Große Geister des Kontinents diagnostizieren eine existenzielle Krise der Demokratie als Herrschaftssystem einer freien Gesellschaft. Vermutlich wohnt jeder sozio-philosophischen Analyse ein gewisser Pessimismus inne. Ich hingegen ziehe den Optimismus des politischen Willens vor: Auch wenn viele Bürger in der Praxis offensichtlich nicht überzeugt sind, steht das Prinzip der Demokratie nach wie vor in all unseren Ländern in hohem Ansehen.

Die europäischen Demokratien teilen dieselben Grundsätze, wenden aber – abhängig von ihrer kulturellen Tradition und ihrer historischen Erfahrung – unterschiedliche Verfahren an. Dies trennt uns nicht voneinander, im Gegenteil: Es verbindet uns. Wir dürfen jedoch einige besorgniserregende Entwicklungen nicht außer Acht lassen: In Polen untergräbt die Regierung gerade die Unabhängigkeit der Justiz. In Ungarn entsteht derzeit eine besondere Form des Autoritarismus. Und vergessen wir nicht andere Länder, in denen die Demokratie von Korruption und Kriminalität faktisch ausgehöhlt wird. In fast allen unseren Staaten steht die Demokratie der Herausforderung der Zunahme von Nationalismus, Isolationismus und Fremdenfeindlichkeit gegenüber. Hoffen wir und arbeiten wir darauf hin, dass die Verpflichtung, sich in den Organen der Union zu rechtfertigen, als Schutzwall dienen kann, damit nicht zu weit gegangen wird.

Der Blick auf Europa darf uns aber nicht die Sicht auf die Lage der Demokratie weltweit verschleiern: Der militante arabische Islamismus will sie als Ausdruck der westlichen Zivilisation auslöschen. Russland und China machen sich stillschweigend über die Demokratie als kaum auf die Bedürfnisse der modernen Welt abgestimmtes Auslaufmodell lustig und zeigen das auch. Etwa 150 den Vereinten Nationen angehörende Staaten können nicht als Demokratien im eigentlichen Sinn eingestuft werden. Für die meisten dieser Staaten ist Demokratie sicher nicht die bevorzugte Zukunftsoption. Wir müssen die Einheit Europas nicht nur stärken, um seinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Stellenwert in der globalisierten Welt zu behaupten, sondern erst recht, um einen Hort der Souveränität und der Demokratie zu bewahren.

Für unsere nationalen Gesellschaften wichtige Entscheidungen werden immer öfter Organisationen und globalen Konferenzen überlassen, bei denen der Ursprung der Demokratie – die Souveränität des Volkes – nicht mehr wahrnehmbar ist. Die Europäische Union muss und kann hier einspringen, um der Demokratie Ausdruck zu verleihen. Sie ist die einzige nichtstaatliche Organisation, in der die Bürger von einem direkt gewählten Parlament vertreten werden, die einzige, in der die Beschlüsse von einer Mehrheit der Staaten gefasst werden, die eine Mehrheit der Bürger repräsentieren, und die einzige, in der die nationalen Parlamente direkt in die supranationale Ebene eingreifen können. Wir schaffen gerade ganz pragmatisch die erste staatenübergreifende Demokratie der Welt.

Jedes europäische Volk tut sich schwer damit, Hoheitsgewalten an die Union zu übertragen. Aber wir alle überlassen diese Tag für Tag völlig unbekümmert den Algorithmen der Systeme privater Big-Data-Großkonzerne. Durch unser Handeln nimmt die Demokratie eine neue Gestalt an. Noch verstehen wir die Auswirkungen dieses Wandels nicht genau. Aber eines ist sicher: Für die Elektronikbranche ist Demokratie nur mehr eine aus der Mode gekommene Technologie. Wir müssen sie in der Union aufblühen lassen und dadurch bewahren.

Der Nationalstaat ist geschwächt, aber er genießt nach wie vor das Wohlwollen seiner Bürger. Die Europäische Union ist weder vom Himmel gefallen noch aus einer Revolution entstanden, sondern wurde von Staaten geschaffen. Sie braucht die Staaten sowohl für ihre Legitimierung als auch für die Anwendung ihrer Beschlüsse. Wir sollten die Organe und Verfahren der Union deshalb mit Umsicht und Bedacht reformieren, ohne sie zum Bersten zu bringen. Und vergessen wir nie, dass ihre Demokratie nicht auf den neuen Organen und Verfahren beruht, sondern auf der Hoffnung der Bürgerinnen und Bürger, in ihrem Schoß Sicherheit, Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität anzutreffen.

Die Demokratie in Europa ist keinesfalls ein veraltetes und aus der Mode gekommenes politisches System. Sie schließt Irrationalität und Fehler des Volkes nicht aus. Sie ist per Definition inkohärent, pluralistisch, unvollständig

und immer in Bewegung und bleibt dem Bild, das sich die Europäer seit der Aufklärung vom freien Menschen machen, und dem Optimismus verhaftet, der seit den Tagen des alten Athens zu den quasi genetischen Merkmalen von Demokratie gehört.

Klaus Hänsch  
Präsident des Europäischen Parlaments a. D.

## **COOPERATION WITH THE EUI**

### **PROGRAMME FOR THE HIGH SCHOOL**

Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) und insbesondere mit dem Historischen Archiv der Europäischen Union wird mit der sehr geschätzten Teilnahme unserer Mitglieder an den Bildungsprogrammen für die Studenten fortgeführt. Unsere Mitglieder tragen mit ihrer Erfahrung und ihrem reichen Wissensschatz weiterhin zum Erfolg dieser Kooperation bei.

In diesem Jahr hat das Historische Archiv ein Programm für Sekundarschulen entwickelt, das auf drei Kernthemen ausgerichtet war: den Brexit, die Migration und den Aufstieg nationalistischer Bewegungen in Europa. Die Themen wurden von den Schülern der Sekundarschulen, die großes Interesse zeigten, gut angenommen. Es gab ein dichtgedrängtes Programm von Treffen in der altherwürdigen Villa Salviati in Florenz, in denen diese hochaktuellen Themen behandelt wurden.

Daran nahmen unsere Mitglieder Monica Baldi, Luciana Castellina, Vitaliano Gemelli, Gisela Kallenbach, Niccolò Rinaldi, Riccardo Ventre und Sir Graham Watson teil.

Monica Baldi, das für die Beziehungen zum EHI zuständige Mitglied des Vorstands des VEM, nahm an einer Veranstaltung am 13. Dezember 2017 zur Feier der Verleihung des Sacharow-Preises 2017 teil, die gemeinsam vom Historischen Archiv der EU und dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Italien organisiert worden war. Die Demokratische Opposition in Venezuela wurde entsprechend einem Beschluss des Parlamentspräsidenten Antonio Tajani und der Fraktionsvorsitzenden als diesjähriger Preisträger des Sacharow-Preises verkündet. Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments (2007–2009), nahm an der Verleihung in Florenz teil, und 120 Schüler von Sekundarschulen konnten sich in einer Frage- und Antwortrunde zu den Themen Menschenrechte und Gedankenfreiheit mit ihm austauschen.

In Bezug auf den Preis sprach sich Hans-Gert Pöttering dafür aus, diejenigen zu unterstützen, die sich selbstlos und tapfer für die Rechte anderer einsetzen, denn, so der ehemalige Parlamentspräsident weiter, wenn wir aufhörten, uns für die Rechte anderer einzusetzen, würden wir eines Tages unsere eigenen verlieren.

## BUILDING THE EUROPEAN COLMMUNITY

Es war eine überaus bereichernde Erfahrung, bei einer Veranstaltung am Europäischen Hochschulinstitut in Fiesole mit etwa hundert Gymnasiasten aus Florenz zusammenzuarbeiten. Die Schülerinnen und Schüler wirkten sehr interessiert und vielleicht sogar zu eifrig. Damit meine ich, dass sie keine grundsätzliche Kritik an der Europäischen Union äußerten, was angesichts der derzeitigen Imagekrise der Union verwunderlich ist. Die Schüler haben größtenteils engagiert daran gearbeitet, die Vorschläge abzuändern, über die in den Arbeitsgruppen diskutiert wurde, in die die Klassen unterteilt worden waren; dabei stellten sie ihre Intelligenz und auch ihr Wissen unter Beweis. Dennoch frage ich mich, ob sie ihre grundlegenden Zweifel nicht zurückgehalten oder unterdrückt haben – möglicherweise, da ihnen der Veranstaltungsort zu formell erschien.

Ich möchte diesen Aspekt der ansonsten insgesamt sehr nützlichen und von den jungen Organisatoren ausgezeichnet organisierten Initiative hervorheben, um mir selbst und uns allen die Frage zu stellen, ob bei derartigen Treffen nicht auch Gespräche (und Recherchen) über die europäische Gesellschaft – und nicht nur über die Arbeit der Organe – Platz finden sollten. Ich denke nach wie vor, dass die Schwäche des europäischen Projekts darin besteht, dass es nach fünfzig Jahren auf europäischer Ebene noch immer keine Einrichtungen gibt, die eine Verbindung zwischen den Bürgern und der Exekutive schaffen und somit das Grundgerüst der Demokratie darstellen. Dabei denke ich an die Gewerkschaften, Parteien und Medien, die nur auf dem Papier europäisch sind, in Wirklichkeit jedoch nach wie vor national ausgerichtet sind. Als erster Schritt auf dem Weg zur Schaffung dieser europäischen Gemeinschaft, die es noch nicht gibt, wäre es meiner Meinung nach sehr sinnvoll, über die Organisation sowie die kulturelle und politische Ausdrucksweise der Gesellschaft jedes Mitgliedstaats gleichermaßen Bescheid zu wissen. Denn aufgrund dessen ist es so schwierig, anstatt des Wettbewerbs die Solidarität zum Grundprinzip der Union zu machen.

Luciana Castellina

## Wie sieht die Zukunft einer Globalen EU-Strategie im Bereich Sicherheit und Verteidigung aus?

### Grenzüberschreitende Bedrohungen und Zusammenarbeit

Aus der Aussprache mit dem Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für die Sicherheitsunion, Sir Julian King, ging hervor, dass gemeinsame Maßnahmen im Bereich Sicherheit und Verteidigung in der Europäischen Union verstärkt werden müssen. Die Mitgliedstaaten sehen sich in zunehmendem Maße mit grenzüberschreitenden Bedrohungen wie dem Terrorismus oder der organisierten Kriminalität konfrontiert, gegen die sie gemeinsam vorgehen müssen. Konkret bedarf es hierzu einer besseren Interoperabilität der nationalen Informationssysteme und eines besseren Informationsaustauschs zwischen den Nachrichtendiensten.

Die Diskussion bot außerdem Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass die Schließung der Grenzen im Kontext stärkerer Migrationsströme und eines höheren Terrorismusrisikos nicht als Lösung in Betracht gezogen werden

darf. Ganz im Gegenteil – es wäre besser, die Kommunikation der Staaten über das Profil der Eintreffenden zu stärken.

#### Nutzung des Binnenmarkts

Die Europäische Union hat ein besonderes Ass im Ärmel, um ihre Maßnahmen im Bereich Sicherheit und außenpolitisches Handeln zu maximieren: ihren Binnenmarkt. Er ist ein wirksames Instrument, das die Möglichkeit bietet, im internationalen Geschehen geschlossen aufzutreten und Werkzeuge zu entwickeln, die in 28 Ländern gleichzeitig angewandt werden können.

Die Schaffung einer gemeinsamen Regelung für Sanktionen im Außenbereich ist das beste Beispiel dafür. Die Mitgliedstaaten haben gemeinsame Sanktionen im Bereich Verteidigung und Wirtschaftsaustausch eingeführt und wenden sie gleichzeitig an, um sie noch wirksamer zu machen. Dank dieser Fähigkeit, gemeinsame Sanktionen zu verhängen, kann die Europäische Union ein deutliches Signal an die internationale Gemeinschaft senden. Dies soll als Beispiel herangezogen werden, wie das gemeinsame Vorgehen im Bereich Sicherheit und Verteidigung gestärkt werden kann.

#### Der Brexit, ein politisches Hindernis

Der mögliche Austritt des Vereinigten Königreichs stellt jedoch eine große Unwägbarkeit für die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit in diesen Bereichen dar. Kommissionsmitglied Sir Julian King, der selbst britischer Staatsangehöriger ist, musste sich vielen Fragen der Anwesenden zur künftigen Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich stellen. Seiner Ansicht nach gilt es vor allem, pragmatisch vorzugehen, da es im uneingeschränkten Interesse beider Parteien liegt, ihre Zusammenarbeit im Namen der kollektiven Sicherheit fortzuführen. Ob sich dies jedoch in den Rahmen ihrer künftigen Beziehungen einfügt und – wenn ja – in welcher Form, bleibt abzuwarten.

#### Cybersicherheit

Neben den Fortschritten im Bereich der militärischen Zusammenarbeit ging es bei der Konferenz vor allem um die Cybersicherheit. Die Stärkung der Netz- und Informationssicherheit zählt zu den Prioritäten der Kommission, die Ende 2017 entsprechende Vorkehrungen getroffen hat. Das Mandat der Agentur ENISA wurde so überarbeitet, dass es eine neue Dynamik erhielt, und im Laufe des Jahres 2018 werden neue Legislativvorschläge geprüft. Damit das Projekt Gestalt annehmen kann, müssen sich die Mitgliedstaaten unbedingt entsprechend engagieren. Im Kampf gegen Cyberangriffe gilt es, zuweilen sensible Informationen zwischen den Staaten auszutauschen. Außerdem fällt er in den Bereich der nationalen Verteidigung. Daher ist es auch hier unerlässlich, dass der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit Vorrang eingeräumt wird, damit die kollektive Sicherheit sichergestellt werden kann.

Constance Barbou des Courières